

# 100 Jahre

## Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

(1917–2017)



Eine Chronik



## Inhaltsverzeichnis

Einführung	3
Gründergeneration (1917-1932)	4
Nationalsozialismus (1933-1945)	11
Wiederaufbau (1946-1988)	19
Zuwanderergeneration (1989-2017)	32
Personenverzeichnis	40

# Einführung

Die ZWST, die am 9. September 1917 in Berlin auf Initiative des ‚Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes‘ (DIGB), der ‚Großloge für Deutschland B'nai B'rith‘ und des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ (JFB) gegründet wurde, war eine moderne Antwort auf tagesaktuelle Gegebenheiten und transnationale Flüchtlingsbewegungen. Mit der ‚Inneren Mission‘ und der ‚Caritas‘ bestanden bereits zwei konfessionelle Wohlfahrtsorganisationen und weitere befanden sich im Prozess der Gründung. Daher griffen auch jüdische Kreise die Diskussion um die Konzentration ihrer Wohlfahrtsorganisationen auf – verbunden mit der Idee der Modernisierung und Professionalisierung, um den Herausforderungen der Zeit zu begegnen. Ein wichtiges Moment war in diesem Zusammenhang der Erste Weltkrieg, der die sozialen Organisationen schwächte und eine gezielte Konzentration aller Kräfte notwendig machte. Richtungsweisend für die jüdischen Organisationen war hierbei die Verpflichtung, das Gebot der sozialen Gerechtigkeit (Zedaka) zu befolgen. Das bedeutete, - bis zum heutigen Tage - Hilfe nicht in Form von Almosen zu leisten, sondern im Sinne einer ausgleichenden Rechtsordnung.

Der Aufruf „Weh' dem, dessen Gewissen schläft!“ der Frauenrechtlerin Bertha Pappenheim (1916) gilt bis heute als Signal zur Gründung einer koordinierenden Instanz, die sämtliche Aktivitäten jüdischer Wohlfahrt bündeln sollte. Pappenheims Forderung traf vor allem den Zeitgeist – sie hatte bereits erfolgreich 1904 den Jüdischen Frauenbund mit ins Leben gerufen. Die Gründung der ZWST wurde zum Meilenstein für die jüdische Wohlfahrtspflege: Es entstand eine erfolgreich arbeitende Zentralstelle, der es mit Unterstützung durch internationale jüdische Hilfsorganisationen gelang, äußerst heterogene Strömungen des Judentums zu vereinen. Nicht immer einer Meinung, aber immer unter dem Bindglied der Zedaka.

Trotz des wachsenden Antisemitismus in der Weimarer Republik gelang es der ZWST, zu einer allgemein anerkannten Organisation zu werden – nicht zuletzt als Mitglied in der Liga der ‚Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege‘. In den Jahren ab 1933, vor dem Hintergrund von Diskriminierung, Segregation, Verfolgung und Deportation kamen den in der ZWST aktiven jüdischen Deutschen immer mehr Verantwortlichkeiten zu. Dazu gehörten Auswanderungsberatung, Schulungen und Nothilfen, bis zu ihrer Deportation 1943. Selbst nach Abschluss der letzten Massendeportationen aus Deutschland im Frühjahr 1943, existierte im Jüdischen Krankenhaus in Berlin-Wedding ein kleiner Kreis von letzten Repräsentanten des deutschen Judentums, die in der Abteilung Fürsorge bis Kriegsende Notleidenden zur Seite standen.

Bereits kurz nach dem Krieg ergriffen jüdische Überlebende die Initiative zum Wiederaufbau, trotz schwerster Verletzungen und Verluste. Als die ZWST 1951 wiedergegründet wurde, verfügte sie nur über eine minimale Ausstattung. Doch durch ihre internationale Ausrichtung und über funktionierende Netzwerke konnte sie sich als Vorreiterin in Bereichen wie der Betreuung und Beratung Traumatisierter, in den Feldern der beruflichen Wiedereingliederung und in der Bildungsarbeit hervortun.

2017 kann die ZWST auf ihre Geschichte in vier politischen Systemen zurückschauen. Im Kaiserreich, während der Weimarer Republik, in NS-Deutschland sowie in der Bundesrepublik Deutschland war und ist sie mit Fragen der Verständigung, Integration und Flüchtlingshilfe befasst. Dabei spielt das Verhältnis der ZWST zu den jüdischen Gemeinden eine besondere Rolle – vor allem aber die Folgen der Zuwanderung jüdischer Familien aus der ehemaligen Sowjetunion seit den 1990er Jahren. Die ZWST ist heute die Dachorganisation der jüdischen Wohlfahrtspflege für 17 Landesverbände und 7 selbstständige Gemeinden mit insgesamt 105 jüdischen Gemeinden sowie dem ‚Jüdischen Frauenbund‘ (2016: 98.594 Mitglieder, 1989: knapp 30.000).

# Gründergeneration (1917 - 1932)

1917

## *Winter 1916/Frühjahr 1917*

Vertreter des ‚Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes‘ (DIGB), der ‚Großloge für Deutschland B`nai B`rith‘, des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ (JFB) und des ‚Verbandes der jüdischen Wohltätigkeitsvereine‘ in Berlin beraten über die Zentralisierung jüdischer Wohlfahrtspflege. Zu den maßgeblichen Protagonisten zählen der Sozialarbeiter und Bildhauer Eugen Caspary als Vertreter des ‚Verbandes für jüdische Wohlfahrtspflege‘ in Berlin, Stabsarzt Dr. Alfred Goldschmidt als Vertreter der Großloge, Prof. Dr. Salomon Kalischer für den DIGB und für den Jüdischen Frauenbund Siddy Wronsky und Bertha Pappenheim.

1917 leben etwa 570 000 Juden in Deutschland.

## **9.9.1917**

Die konstituierende Versammlung zur Gründung der ‚Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden‘ (ZWST) findet im Repräsentantensaal der Jüdischen Gemeinde Berlin, Oranienburger Straße 30, statt. Zu den Rednern zählen neben Sanitätsrat Dr. Wilhelm Feilchenfeld, Namensgeber der ZWST, Geheimrat Berthold Timendorfer und Alfred Goldschmidt als Vertreter der Großloge, Salomon Kalischer für den DIGB sowie Bertha Pappenheim. An der sich anschließenden Konferenz im Gemeindebüro nehmen fast 200 Personen teil. Zum ersten Vorsitzenden der ZWST wird Berthold Timendorfer gewählt, die ehrenamtliche Leitung des Vorstands liegt in den Händen von Eugen Caspary. Geschäftsführer ist der Statistiker Dr. Jacob Segall.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin zitiert anlässlich dieser Zusammenkunft den Schriftgelehrten Hillel und dessen Ausführungen zur Nächstenliebe als Grundlage jüdischer Wohltätigkeit. Die Sozialpolitikerin Dr. Cora Berliner sichert die Mitwirkung des Jugendverbandes weiblicher Mitglieder zu, Dr. Wilhelm Feilchenfeld betont den Begriff der Zedaka, der Wohltätigkeit und Gerech-

tigkeit ausdrückt. Auch Prof. Dr. Salomon Kalischer und Bertha Pappenheim (JFB) sichern die Mitarbeit ihrer Vereinigungen zu. Letztere betont die Eigenständigkeit der Frauen und ihr kreatives Potenzial bei der Mitwirkung und Ausgestaltung der ZWST.

Der Protokollant hält abschließend fest: „Als Gesamtergebnis der imposanten Versammlung kann bezeichnet werden, dass über die Notwendigkeit und die Dringlichkeit der Begründung zweifellos Einstimmigkeit herrscht. Es ist zu vermuten, dass über die Ausführung noch mancherlei Kämpfe entstehen werden.“ Er sollte Recht behalten.

In den folgenden Monaten verhandeln die beteiligten Instanzen wiederholt über die Leitsätze und die inhaltliche Ausgestaltung der Satzung der ZWST. Es gilt, eine Vielfalt von Meinungen und teils antagonistische Auffassungen über die Ausrichtung und den Inhalt jüdischer Wohlfahrtspflege, die innerhalb des deutschen Judentums vorherrschen, unter einem Dach zu vereinigen. Erst im November gelten die vorbereitenden Arbeiten als abgeschlossen.

## **Auszug aus der Satzung der ZWST**

*(Stand: 10.10.1917)*

„Die Zentralwohlfahrtsstelle bezweckt, unter Ausschluss aller Erwerbs- und politischen Zwecke die im Deutschen Reich bestehenden jüdischen Wohlfahrtsvereine, Stiftungen und sozialen Institutionen unter Wahrung ihrer satzungsgemässen Aufgaben organisatorisch zusammenzufassen, in ihrer Entwicklung zu unterstützen, die Begründung neuer Einrichtungen im Falle eines Bedürfnisses herbeizuführen und einer nachhaltigen Zersplitterung der Kräfte entgegenzuarbeiten.

Diese Zwecke sucht sie insbesondere zu erreichen durch

1. Zusammenschluss der jüdischen Wohlfahrtspflege in allen Gemeinden Deutschlands, Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Schaffung von Provinzial- bzw. Landesverbänden,

2. Regelung des Verkehrs zwischen den örtlichen, den Provinzial- und Landesverbänden sowie der Zentralstelle selbst,
3. Vertretung der jüdischen Wohlfahrtspflege im Verkehr mit den Behörden und den Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrtspflege,
4. Organisierung von Verbänden, Vereinen, Stiftungen und Einrichtungen im ganzen Reiche, die gleichen oder anderen Zwecken dienen,
5. Begründung eines Nachrichtenblattes für die gesamte jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland,
6. Sammlung des gesamten Materials, Einrichtung einer Beratungsstelle und Auskunftserteilung über die Wohlfahrtseinrichtungen sowie Anregung zur Schaffung neuer Einrichtungen und Stiftungen,
7. Einberufung von Zusammenkünften zur Besprechung über grundlegende Fragen der jüdischen Wohlfahrtspflege, Anregung und Förderung theoretischer und praktischer sozialer Studien und Arbeiten.“

#### 2.11.1917

Die ‚Balfour Deklaration‘ wird verabschiedet. Sie richtet sich an die Führer der ‚Zionistischen Weltorganisation‘ und gilt als entscheidende Garantieerklärung Großbritanniens zur Errichtung einer ‚nationalen Heimstätte‘ des jüdischen Volkes in Palästina.

#### 25.11.1917

Im Großen Saal des Verwaltungsgebäudes des ‚Verbandes der jüdischen Wohlfahrtspflege‘ Berlin, Rosenstraße 2/4, tagt der Verwaltungsrat der ZWST, dem unter anderem Eugen Caspary, Dr. Wilhelm Feilchenfeld, Henriette May, Dr. Paul Nathan, Dr. Friedrich Ollendorff, Bertha Pappenheim und Siddy Wronsky angehören. Der Verwaltungsrat einigt sich auf folgende Personen, die zunächst für ein Jahr den Vorstand der ZWST bilden:

Geheimrat Berthold Timendorfer (Berlin), Prof. Dr. Salomon Kalischer (Berlin), Bertha Pappenheim (Frankfurt am Main), Prof. Luise Alexander-Katz (Berlin), Dr. Wilhelm Neumann (Berlin), Henriette May (Berlin), Sidonie Werner (Hamburg), Dr. Stein (Karlsruhe), Eugen Caspary (Berlin), Dr. Friedrich Ollendorff (Breslau).

Zu den zentralen Arbeitsgebieten der ZWST zählen im ersten Jahr nach der Gründung die Gewinnung von Mitgliedern, die Sammlung von Materialien über bereits bestehende Wohlfahrtseinrichtungen sowie die Überführung von Stadtkindern auf das Land.

Die amerikanische Hilfsorganisation JOINT (American Jewish Joint Distribution Committee) stellt der ZWST finanzielle Mittel zur Verfügung, die den Einrichtungen der geschlossenen und halboffenen Fürsorge zugutekommen.

#### 9.11.1918

Ausrufung der Weimarer Republik. Für die jüdische Bevölkerung beginnt eine Zeit voller widersprüchlicher Entwicklungen. Vor dem Hintergrund einer mangelnden politischen Stabilität entwickelt sich trotzdem ein blühendes und weit verzweigtes jüdisches Leben in Deutschland. Juden haben formal die gleichen Rechte wie die übrige Bevölkerung. Tatsächlich aber wird der schon im Kaiserreich spürbare Antisemitismus stärker.

Bis Ende des Jahres werden 71 jüdische Gemeinden unmittelbare Mitglieder der ZWST.

Pogrome in der Ukraine lösen eine Flüchtlingswelle aus, deren Opfer sich u.a. die ZWST annimmt.

Beginn der dritten Aliyah 1919 bis 1923, während der etwa 35 000 Einwanderer, größtenteils aus Polen und Russland nach Palästina einwandern. Darunter sind die ersten Mitglieder des ‚Hashomer Hatzair‘ (‚Der junge Wächter‘), der ältesten jüdischen Jugendbewegung Europas.

## 1920

Gründung der ‚WIZO‘ (Women’s International Zionist Organisation) und der ‚Histadrut‘, des Dachverbandes der Gewerkschaften in Palästina.

Das Arbeitsfürsorgeamt für Arbeitsnachweis und Berufsberatung zur Koordinierung wohlfahrtspflegerischer Angelegenheiten für Ostjuden wird in Berlin gegründet.

## 1921/1922

Im Vordergrund der Aktivitäten der ZWST stehen folgende Themen: Tuberkulosefürsorge, Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise, Gefährdeten- und Psychopathenfürsorge sowie Jugendpflege und Jugendhilfe.

### *1921/22*

Im Vordergrund der Aktivitäten der ZWST stehen folgende Themen: Tuberkulosefürsorge, Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise, Gefährdeten- und Psychopathenfürsorge sowie Jugendpflege und Jugendhilfe.

### *Juli 1922*

Der Völkerbund verabschiedet das britische Mandat über Palästina und Transjordanien und verpflichtet sich zur Errichtung einer ‚nationalen Heimstätte‘ für Juden.

### *Dezember 1922*

Die ZWST richtet die Sammlung ‚Jüdische Not‘ ein, mit der Gelder von privaten Spendern eingeworben werden, um Träger der Jugend- und Altersfürsorge zu unterstützen.

## 1923

In Abständen von zwei bis drei Monaten erscheinen der Nachrichtendienst der ZWST sowie das Publikationsorgan ‚Zedakah, Zeitschrift der jüdischen Wohlfahrtspflege‘, in dem Zielsetzungen, Probleme und Aktivitäten der jüdischen Wohlfahrtspflege diskutiert werden.

## 1923/1924

Finanzielle Unterstützung der ZWST durch den JOINT, da durch die Inflation finanzielle Engpässe entstanden sind.

Im Zuge der vierten Aliyah (1924 - 1931) wandern etwa 80 000 Juden in Palästina ein.

Durch die Einführung der Fürsorgepflichtverordnung als Vorgängerin der Sozialhilfegesetzgebung haben auch Ausländer in Deutschland Anspruch auf Unterstützung. Die aus Osteuropa ein- und durchwandernden Pogromopfer sind nun nicht nur auf Spendengelder aus den jüdischen Gemeinden angewiesen.

#### 22.12.1924

Unter Beteiligung des Geschäftsführers der ZWST, Dr. Jacob Segall, wird die ‚Liga der Freien Wohlfahrtspflege‘ als Dachorganisation der privaten und konfessionellen Wohlfahrtsorganisationen gegründet. Damit soll die Vorrangstellung der freien gegenüber der staatlichen Fürsorge abgesichert werden. Außer der ZWST sind die ‚Innere Mission‘ (später: ‚Diakonisches Werk‘), der ‚Caritasverband‘ und der ‚Fünfte Wohlfahrtsverband‘ (später: ‚Paritätischer Wohlfahrtsverband‘) beteiligt.

#### Ab Juni 1924

Gründung von Provinzialverbänden der jüdischen Gemeinden in Hannover, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und im Rheinland. Es bestanden bereits solche in Westfalen, Hessen und Hessen-Nassau sowie Thüringen.

Die ZWST fasst sämtliche Jugendorganisationen unter dem Dach des ‚Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände. Jugendbeirat der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden‘ zusammen. Der Reichsausschuss publiziert eine eigene Schriftenreihe. Die Lehrbriefe informieren Leser über Themen, die das jüdische Leben in Westeuropa und das jüdische Siedlungswesen in Palästina betreffen.

Dr. Bella Schlesinger wird als Bibliothekarin in der ZWST eingestellt. Ziel ist eine Verstärkung der Arbeit im Archiv der ZWST, in dem sämtliches Material zur jüdischen Wohlfahrtspflege gesammelt wird, um die mehr als 1000 Anfragen im Jahr von Anstalten, Organisationen und Einzelpersonen zu bearbeiten. Die Archivalien dienen auch als

Grundlage für die Jahrbücher des DIGB. Damit verbunden sind die Arbeiten für die Herausgabe des „Handbuchs der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege“.

Adresse der Geschäftsstelle der ZWST ist:  
Berlin-Charlottenburg 2, Kantstr. 158.

Die Referate der ZWST sind aufgeteilt wie folgt:

- Dr. Friedrich Ollendorff: Organisation, Finanzen, Vertretung bei Behörden und Organisationen, Jugendwohlfahrt, Lehrgänge für jüdisch-soziale Ausbildung und Fortbildung.
- Dr. Max Kreutzberger: Arbeits- und Berufsfürsorge, Wirtschaftsfragen, Darlehenskassen, Berufsgenossenschaft, Versicherungsangelegenheiten.
- Dr. Frieda Weinreich: Gesundheitsfürsorge, Wirtschaftsfürsorge, Anstaltswesen.
- Dr. Bella Schlesinger: Archiv, Bibliothek, Statistik, Auskunftserteilung, Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege.
- Hannah Halitzki: Buchhaltung, Soziale Wohlfahrtsrente.
- Ulla Brode: Sammlung ‚Jüdische Not‘.

Das ‚Palästina-Amt‘, Außenstelle der ‚Jewish Agency for Palestine‘ zur Unterstützung der Einwanderung nach Eretz Israel, nimmt seine Aktivitäten in Deutschland auf.

Die ZWST gibt gemeinsam mit dem DIGB das „Handbuch der jüdischen Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege“ heraus.

Die ZWST gibt den „Führer durch die jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland“ heraus.

#### 8.4.1926

Die Gründungsmitglieder sowie die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses der ZWST kommen zu einer vorbereitenden Sitzung zur Reorganisation der ZWST in Berlin zusammen.

#### 6.-8.6.1926

Leo Baeck hält am 6. Juni auf der Tagung der ZWST in Düsseldorf die programmatische Festrede „Der geistige Gehalt in der jüdischen Wohlfahrtspflege“. Es tagen die folgenden Arbeitsgemeinschaften:

1. Die jüdische Gefährdetenfürsorge,  
Leitung: Paula Ollendorff, Breslau.
2. Die jüdische Tuberkulosefürsorge,  
Leitung: Eugen Caspary, Berlin.
3. Die jüdische Erholungsfürsorge,  
Leitung: Dr. Jacob Segall, Berlin.
4. Die Vereinigte Zentrale für jüdische Arbeitsnachweise,  
Leitung: Eugen Caspary, Berlin.

Im Anschluss präsentiert sich der ‚Reichsausschuss der jüdischen Jugendverbände‘. Dessen Leiter, Dr. Georg Lubinski, referiert zum Thema „Das soziale Programm der jüdischen Jugend“.

#### 12.8.1926

Im Namen des Jüdischen Frauenbundes erklären seine erste und zweite Vorsitzende, Bettina Brenner und Paula Ollendorff, offiziell ihren Austritt aus der ZWST. Hintergrund sind Kontroversen über die Eigenständigkeit der Mitgliedsorganisationen. Dennoch wird die bereits im Frühjahr angeregte Reorganisation der ZWST weiter vorangetrieben. Anfang Oktober liegen erste Vorschläge vor, in denen explizit auf die Selbstständigkeit der ihr angeschlossenen Organisationen verwiesen wird.

#### 1.9.1926

In Düsseldorf wird anlässlich der ‚Großen Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen‘ (GeSoLei), der größten Messe der Weimarer Republik, der Film „Ein Freitag Abend“ (Regie: Gertrud David) uraufgeführt, der die moderne jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland in Krankenanstalten, Alters-, Erziehungs- und Erholungsheimen vorstellt. Der Film wird über die ZWST an die jüdischen Gemeinden weitergeleitet. Bis November 1927 wird der Film in 60 Gemeinden und allein 21 Mal in Berlin aufgeführt.

#### September 1926

Rücktritt von Dr. Jacob Segall als Geschäftsführer.

Die ZWST erhält als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege Anerkennung durch die deutsche Reichsregierung.

Mehr als 200 jüdische Gemeinden sind unmittelbare Mitglieder der ZWST.

**15.2.1927**

Dr. Friedrich Ollendorff, ehemaliger Vorsitzender des Fürsorge-Kuratoriums des DIGB, wird neuer Geschäftsführer der ZWST.

**15.3.1927**

Dr. Paul Nathan, spiritus rector der seit 1901 existierenden jüdischen Hilfsorganisation ‚Hilfsverein der deutschen Juden‘ und engstes Verbindungsglied zur ZWST, stirbt im Alter von 70 Jahren in Berlin.

**3.4.1927**

Auf der Mitgliederversammlung der ZWST wird die neue Satzung verabschiedet. Vorsitzender der ZWST wird der Rabbiner Dr. Leo Baeck.

**9.9.1927**

Anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der ZWST legt der neue Geschäftsführer, Dr. Friedrich Ollendorff, eine ausführliche Bestandsaufnahme der bisherigen Leistungen und Erfolge vor: „Dieser Bericht sei mit dem herzlichen Wunsche geschlossen, daß das zweite Jahrzehnt unserer Arbeit, in das wir eingetreten sind, das große gemeinsame Werk vorwärts bringen möge, so wie es das erste Jahrzehnt getan hat.“

**1.1.1928**

Die Geschäftsstelle der ZWST zieht aus der Rosenstraße 2/4 in die Oranienburger Straße 69/II in Berlin.

**18.-23.3.1928**

Die Jüdisch-Soziale Schulungswoche in Berlin tagt in den Räumen der ‚Hochschule für die Wissenschaft des Judentums‘. Den einleitenden Vortrag unter dem Titel ‚Neuzeitliche Wohlfahrtspflege‘ hält Siddy Wronsky, Leiterin des Archivs für Wohlfahrtspflege.

**14.5.1928**

Die Frauenrechtlerin Henriette May, Schatzmeisterin der ZWST, stirbt mit 66 Jahren und wird unter großer öffentlicher Anteilnahme in Berlin beigesetzt.

**24.2.1929**

Der bevölkerungspolitische Ausschuss des ‚Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden‘ veranstaltet eine Tagung zum Thema „Jüdische Bevölkerungspolitik“, deren Beiträge und Diskussionen in der Schriftenreihe der ZWST publiziert werden. Hauptrednerin und Moderatorin der Tagung ist Siddy Wronsky.

Die ‚Zeitschrift für jüdische Wohlfahrtspflege‘ wird mit der ‚Jüdischen Arbeits- und Wanderfürsorge‘ zusammengefasst und erscheint unter dem Titel ‚Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik. Zeitschrift der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden und der Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge und Arbeitsnachweise‘. Herausgeber sind Dr. Friedrich Ollendorff, Dr. Paula Kronheimer, Dr. Ilse Goldschmidt, Dr. Max Kreutzberger, Dr. Friedrich Brodnitz und Dr. Ernst G. Lowenthal.

Auf Bitten des DIGB legen Hannah Karminski, Dr. Paula Kronheimer und Dr. Georg Lubinski im Auftrag der ZWST eine Denkschrift zur Reform der Fürsorgeerziehung vor.

Neben dem bereits bestehenden reformpädagogischen jüdischen Heim ‚Ahawah‘ in Berlin, das von Hannah Grunwald-Eisfelder geleitet wird, entsteht 1929 auf Initiative von Gertrud Feiertag das Kinder- und Landschulheim in Caputh. Der wichtigste Beitrag zur reformierten Fürsorgeerziehung ist die Eröffnung des jüdischen Erziehungsheims in Wolzig unter Leitung von Dr. med. Hans Lubinski.

Bei den Reichstagswahlen am 14. September erreicht die NSDAP 18,3 Prozent der Wählerstimmen.

Die ‚Jüdische Arbeitshilfe‘ eröffnet in der Provinz Brandenburg das ‚Landwerk Neuendorf‘. Ab 1932 wird es für den ‚Jüdischen Freiwilligen Arbeitsdienst‘ genutzt. Ab 1933 werden hier junge Menschen mit dem Ziel der Berufsumschichtung untergebracht. Ab 1939 ist es anerkannt durch den zionistischen Hechaluz als Hachscharah, d. h. es gilt als vorbereitende Einrichtung für die Aliyah.

Im Rahmen der zahlenmäßig größten Einwanderungswelle vor der Gründung des Staates Israel im Mai 1948, der Fünften Aliyah, emigrieren und fliehen zwischen 1932 und 1933 ca. rund 200 000 Juden in das britische Mandatsgebiet Palästina, mindestens 66 000 stammen aus Deutschland.

Die jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland verfügt über 9313 Betten in der geschlossenen Fürsorge, 4547 Plätzen in den halboffenen sowie 2515 Einrichtungen innerhalb der offenen Fürsorge.

Die bearbeitete Neuauflage des „Führers durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland“ erscheint. Dr. Bella Schlesinger bezeichnet diesen 1957 als „Denkmal der verschwundenen weitverzweigten Gemeindeorganisationen, des kulturellen Lebens, des Schulwesens und der Wohlfahrtsorganisationen der deutschen Juden.“

**Juli 1932**

In Frankfurt am Main findet unter Beteiligung der ZWST die zweite große internationale Konferenz für Sozialarbeit und Sozialpolitik unter dem Titel „Social Work and the Family“ statt.

Am Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme gibt es schätzungsweise 500 000 Juden in Deutschland.

# Nationalsozialismus (1933 - 1945)

1933

## **30.1.1933**

Bei den Reichstagswahlen wird die NSDAP mit deutlichem Abstand zur SPD und KPD stärkste Kraft. In unmittelbarer Folge breitet sich ein zunehmend brutaler Antisemitismus aus. Terror gegen politische Gegner und der sukzessive Ausschluss missliebiger Minderheiten prägen fortan den Alltag in NS-Deutschland.

Die ZWST stellt bis Herbst des Jahres das Erscheinen ihres Publikationsorgans Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik ein.

## **13.4.1933**

Der ‚Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau‘ wird gegründet, in dem der ‚Centralverein der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens‘, die ‚Zionistische Vereinigung für Deutschland‘, die ZWST, die ‚Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe‘, der ‚Hilfsverein der deutschen Juden‘ und das ‚Palästina-Amt, Außenstelle der Jewish Agency for Palestine‘, tätig sind. Die Leitung obliegt dem Rabbiner Dr. Leo Baeck, Geschäftsführer sind Dr. Walter Alexander, Dr. Werner Senator sowie Dr. Ludwig Tietz. Durch das neu entstandene Organ wird die Auswanderung unterstützt, Berufsumschichtung und Arbeitsvermittlung werden zentral koordiniert.

Siddy Wronsky verlässt nach ihrer Entlassung als Direktorin des Archivs für Wohlfahrtspflege Deutschland. Sie ist fortan maßgeblich am Aufbau der Sozialen Arbeit in Palästina beteiligt.

In den jüdischen Gemeinden gibt es eine anwachsende Überalterung und eine gesteigerte Zahl jüdischer Wohlfahrtsempfänger. In der Hauptstadt Berlin sind es allein 20 000.

## **April 1933**

Dr. Friedrich Ollendorff nimmt zum letzten Mal an einer Sitzung des Vorstandes der ‚Liga der Freien Wohlfahrtspflege‘ teil, weil die ZWST aus dem Dachverband ausgeschlossen wird.

## **Frühjahr 1933**

Die Gemeinden richten ‚Volksküchen‘ ein, die in Berlin nach dem Vorsitzenden des Joint, Paul Baerwald, ‚Baerwald-Küchen‘ benannt werden. Zwischen September 1933 und März 1934 werden hier 27 843 Mahlzeiten ausgeteilt.

## **17.9.1933**

Nahezu alle deutschen und ausländischen jüdischen Organisationen und Kultusgemeinden schließen sich in der ‚Reichsvertretung der deutschen Juden‘ mit Sitz in Berlin zusammen, „um die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Judentums mit den Erfordernissen des neuen Reichs zu vereinbaren“ (Otto Hirsch). Sie ist die Interessenvertretung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Zum Präsident wird Rabbiner Dr. Leo Baeck und zum leitenden Vorsitzenden Dr. Otto Hirsch gewählt. Zu den wesentlichen Aufgaben zählen der sukzessive Aufbau einer jüdischen Selbsthilfe und die Auswanderungsvorbereitung. Im Zuge der Implementierung der ‚Nürnberger Rassengesetze‘ erfolgt die erzwungene Umbenennung in ‚Reichsvertretung der Juden in Deutschland‘.

## **November 1933**

Nach dem Selbstmord von Dr. Ludwig Tietz und der Auswanderung von Dr. Werner Senator nach Palästina wird Friedrich Borchardt Geschäftsführer des Zentralausschusses. Ab März wird er durch Dr. Friedrich Brodnitz und Dr. Max Kreutzberger unterstützt.

## **Winter 1933**

Jüdische Organisationen dürfen sich nicht mehr an der allgemeinen Sammlung für die NS-Winterhilfe beteiligen.

**Mai 1934**

Die jüdischen Gemeinden führen die ‚Blaue Beitragskarte für Hilfe und Aufbau‘ ein.

Jedes Gemeindemitglied ist zu Spenden für die Gemeinschaft aufgerufen, je nach Einkommen beträgt die Summe zwischen 0,25 bis 3 RM. Ein Drittel geht an den ‚Zentralausschuss‘. Im Gemeindeblatt der Israelitischen Gemeinde Frankfurt am Main von Juni 1935 heißt es: „Kein Jude in Deutschland darf in Zukunft ohne die blaue Beitragskarte für Hilfe und Aufbau sein!“

Bis Mitte Juni 1934 wandern monatlich 100 bis 200 Personen mit Unterstützung des ‚Hilfsvereins der deutschen Juden‘ aus. Gleichzeitig wird auch eine Intensivierung der Arbeit der ZWST notwendig: 45 Gemeinden werden zu ‚Notstandsgemeinden‘ erklärt.

Juden ist aus ‚weltanschaulichen Gründen‘ der Eintritt in die ‚Nationalsozialistische Volkswohlfahrt‘ (NSV) verboten.

Im Winter 1934/35 werden jüdische Deutsche zwar offiziell noch durch das ‚Winterhilfswerk des deutschen Volkes‘ unterstützt, regional jedoch, wie etwa in Berlin, werden sie bereits jetzt von dieser Hilfe ausgeschlossen.

**Oktober/November 1934**

Einführung eines Schulungskurses für erwerbslose jüdische Wohlfahrtspfleger, die ehrenamtlich tätig werden wollen.

Ab Ende 1934 unterstützt die ZWST die Unterbringung und Auswanderung von Minderjährigen in die USA - bis Ende 1933 in 735 Fällen. Im Rahmen der Jugend-Aliyah verlassen 390 Jugendliche Deutschland in Richtung Palästina. Viele von ihnen sehen ihre Angehörigen zum letzten Mal.

In vielen Großstädten werden jüdische Wohlfahrtsempfänger regelmäßig zu Pflichtarbeiten herangezogen.

Der gesellschaftliche Ausschluss im Zuge zahlreicher antijüdischer Gesetze (wie etwa des Zutrittsverbots von Gaststätten, Kinos, Badeanstalten, Sportplätzen, teils auch öffentlichen Parkanlagen) und die Segregation aus dem öffentlichen Leben sind Alltag. Gegenseitige Unterstützung ist für viele Juden Deutschlands sinnstiftend und gibt Kraft angesichts der alltäglichen Erniedrigungen und der ab 1938 obligatorischen Verpflichtung zur Zwangsarbeit.

In den kleineren jüdischen Gemeinden leben nur noch wenige Personen im Alter von 14 bis 30 Jahren. Die Berufsumschichtung für ausgegrenzte jüdische Deutsche, aber auch die zunehmende Bereitschaft zur Auswanderung, werden für diese Altersgruppe zukunftsleitende Faktoren. In den kleinen Gemeinden bleiben oftmals lediglich Alte und Fürsorgeempfänger zurück.

Die ‚Blaue Beitragskarte‘ trägt zwar mehr als 300 000 Reichsmark ein, doch ist dies zu wenig, um die notleidende jüdische Bevölkerung zu unterstützen. Die ZWST ist gezwungen, weitere Aufgabenbereiche zu übernehmen, etwa die Kriegsopferfürsorge.

Im ‚Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau‘ erfolgen grundlegende organisatorische Neuerungen. Es kommt zur Einrichtung unterschiedlicher Arbeitsbereiche: Für die Gebiete Wanderung, Wirtschaftshilfe (Sozialhilfe) und Wohlfahrt ist nun Dr. Max Kreuzberger, ab Juni Salomon Adler-Rudel zuständig. Erklärtes Ziel ist die Erarbeitung eines Gesamtplanes für die Zukunft der jüdischen Wohlfahrt. Selbständig bleiben vorerst das ‚Palästina-Amt‘ und der ‚Hilfsverein der deutschen Juden‘.

**17.2.1935**

In Fortsetzung dieser Pläne setzt die ‚Reichsvertretung der Juden in Deutschland‘ die Eingliederung des gesamten sozialen und wirtschaftlichen Hilfswerkes der ZWST um. Ziel ist es, die großen Tätigkeitsfelder wie Wohlfahrt oder Berufsumschichtung in einer Organisation zu zentralisieren.

**1.4.1935**

Die ‚Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge‘, die ‚jüdische Arbeitshilfe e. V.‘ (Landwerk Neuendorf), die ‚Vereinigte Zentrale für jüdische Arbeitsnachweise‘ und die ‚Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe‘ werden in die ‚Reichsvertretung‘ eingegliedert.

**15.9.1935**

Die Nürnberger Gesetze – allen voran das sogenannte ‚Blutschutzgesetz‘ – schaffen die legale Grundlage für die Verfolgung und Ausgrenzung von deutschen Juden. Antisemitismus ist fortan gesetzlich verordnet.

**Oktober 1935**

Im Zuge der Implementierung der Nürnberger Rassegesetze erfolgt die Gründung der ‚Jüdischen Winterhilfe‘ der ZWST, da jüdische Deutsche nicht länger Empfänger des allgemeinen Winterhilfswerks sein konnten. Im Winter 1936/37 erhalten 82 818 Personen, das heißt mehr als 21 Prozent der noch in Deutschland lebenden jüdischen Bevölkerung Unterstützungleistungen.

Im ‚Jüdischen Winterhilfswerk‘ (JWH) werden etwa 75 000 Menschen betreut. Für Mischehen gilt die Zugehörigkeit des Haushaltsvorstandes. Das JWH gewährt Unterstützung durch Naturalien, finanzielle Beihilfen und verteilt Kohle an Bedürftige.

Die ZWST tritt dem internationalen jüdischen Aufbauwerk ‚Keren Hayesod‘ bei.

Die Vorbereitung und Durchführung der Auswanderung werden zu Kernarbeitsbereichen der ZWST.

Die ZWST wird aus der ‚Liga der Freien Wohlfahrtspflege‘ ausgeschlossen, bleibt aber weiter Spitzenverband.

**1936**

Spätestens ab 1936 zählt der Bereich ‚Wohlfahrt‘ zu den Kernstücken der Arbeit der Reichsvertretung.

Dr. Friedrich Ollendorff verlässt Deutschland und emigriert nach Palästina.

Das JWH unterstützt 83 761 Menschen, mehr als 20 Prozent der jüdischen Bevölkerung. Deutschlandweit gibt es 13 000 Helfer, über 6000 davon sind in Berlin tätig.

**1937**

Die ZWST muss zunehmend Anträge auf Unterstützung aus den Landes- und Provinzialverbänden ablehnen. Nur die Zahl der Plätze in jüdischen Altersheimen kann erhöht werden. Die Hälfte aller Hilfsbedürftigen ist über 45 Jahre alt.

**9.9.1937**

20 Jahre nach der Gründung der ZWST leben jüdische Deutsche unter zunehmendem nationalsozialistischem Terror. Dr. Leo Baeck, der Vorsitzende der ZWST, versucht den Lesern des nach wie vor existierenden Publikationsorgans Mut zu machen: „Der Gang der Tage hat es gefügt, dass die Zentralwohlfahrtsstelle, die selbst hatte zusammenfassen wollen, in eine umfassendere Einheit, in die Reichsvertretung der Juden in Deutschland, eingegliedert worden ist. Aber es könnte ebenso gesagt werden, dass sie in dieser Reichsvertretung sich verwirklicht hat. Aus dem Geiste, den sie in sich schuf, ist ganz eigentlich diese größere Gestaltung hervorgewachsen.“

Die Aufgaben der jüdischen Wohlfahrtspflege umfassen im Wesentlichen die Bereiche JWH, die Auflösung der Synagogengemeinden, Gesundheitsfürsorge und den Schulkinderfonds. Verstärkt kommt es zu Aufgabenerweiterung und Überschneidungen mit dem Arbeitsbereich Umschichtung und Auswanderung.

Der ‚Anschluss‘ Österreichs verstärkt die Zahl der Ausreisewilligen.

‚Arisierung‘ und Liquidation jüdischer Gewerbeunternehmen führen zur Verarmung der Juden in Deutschland und zu einer Erhöhung der Zahl Hilfsbedürftiger.

Jüdische Kinder dürfen nur noch jüdische Schulen besuchen.

Der polnische Jude Herschel Grynszpan verübt ein Attentat auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath in Paris, um damit gegen die Abschiebung seiner Eltern nach Polen zu protestieren. Das NS-Regime ruft zu Racheakten gegen jüdische Deutsche auf.

#### **8./9.11.1938**

Im Zuge der Novemberpogrome werden deutschlandweit Synagogen und jüdische Geschäfte zerstört und geplündert, zahllose jüdische Deutsche misshandelt. Etwa 26 000 Juden werden verhaftet und in die KZ Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen deportiert.

Nach den Pogromen verlassen Dr. Georg Lubinski (Palästina) und Dr. Ernst G. Lowenthal (England) Deutschland. Dr. Friedrich Brodnitz ist bereits 1937 in die USA ausgewandert.

#### **Ab 19.11.1938**

Die jüdische Bevölkerung wird mit wenigen Ausnahmen von der öffentlichen Fürsorge ausgeschlossen.

#### **29.11.1938**

Die ‚Reichsvertretung‘ kann ihre Tätigkeiten wieder aufnehmen und ist fortan alleinige finanzielle Trägerin der Auswanderung, der Fürsorge und des Schulwesens.

Jüdische Gemeinden werden nun als ‚Kultusvereinigungen‘ bezeichnet.

Auswanderung wird zur Flucht, viele deutsche Juden wollen aufgrund der brutalen und menschenverachtenden Vertreibungsstrategie des Regimes so schnell wie möglich die Heimat verlassen, das Ziel-land wird zweitrangig.

Die ‚Sühneabgabe‘, die den deutschen Juden in Folge der Novemberpogrome auferlegt wird, beträgt 20 Prozent des Vermögens. Die jüdische Bevölkerung sieht sich mit weiterer Verarmung und verstärkter Isolation aus der Gesellschaft konfrontiert.

#### **Dezember 1938**

Aufgrund des rückläufigen Spendenaufkommens können nur noch 77 231 Personen durch das JWH versorgt werden.

**1.1.1939**

Zahlreiche jüdische Gemeinden stellen ihre Fürsorgemaßnahmen ein, da die Vereine und Stiftungen, die bisher die Maßnahmen finanziert haben, nicht mehr existieren.

**Februar 1939**

Die Funktionäre der ‚Reichsvertretung‘ gründen im Rahmen einer Reorganisation ihrer bisherigen Arbeiten die ‚Reichsvereinigung der Juden in Deutschland‘, der sämtliche Juden in Deutschland angehören sollen.

Ab Juli wird die Reichsvereinigung durch die 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz durch das Regime übernommen. Jegliche Selbständigkeit der jüdischen Akteure geht verloren, zentrale ‚Aufsichtsbehörde‘ ist das ‚Reichssicherheitshauptamt‘ der SS.

Präsident der ‚Reichsvereinigung‘ ist Leo Baeck, sein Stellvertreter Heinrich Stahl. Der Fokus der Tätigkeit liegt zunehmend auf der Schaffung von Kinder- und Altenheimen sowie Krankenhäusern für die große Zahl der Hilfsbedürftigen, die nur noch in jüdischen Einrichtungen versorgt werden können.

Die Motivation vieler Mitarbeiter der Reichsvereinigung, in Deutschland zu bleiben und ihre Chance zur Auswanderung nicht wahrzunehmen, ist es, der hilfsbedürftigen jüdischen Bevölkerung zur Seite zu stehen. Otto Hirsch, Vorstandsmitglied der Reichsvereinigung, mahnt: „Es können doch nicht alle fortgehen, jemand muss doch für die Alten sorgen.“ Und Hannah Karminski sagt: „Ich bleibe, um meine Pflicht zu tun.“

Im Zuge der immer restriktiveren, britischen Einwanderungspolitik und des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs gelingt es nur ca. 70 000 Menschen durch die ‚Aliyah Beth‘, die illegale Einwanderung, aus Europa nach Eretz Israel zu entkommen.

**März 1940**

Sämtliche höheren jüdischen Schulen, bis auf diejenige in der Großen Hamburger Straße in Berlin, werden aufgelöst.

Zwischen Juni und September erfolgt die deutschlandweite Sammlung ‚Jüdische Pflicht‘, d.h. acht Prozent der Lohnsteuer von Juden fließen in den Gesamtetat der ‚Reichsvereinigung‘.

**November 1940**

Im Hafen von Haifa chartert die britische Mandatsregierung das Flüchtlingsschiff ‚Patria‘, um illegale Einwanderer aus Europa nach Mauritius zu transportieren. Die Untergrundorganisation ‚Hagana‘ versucht durch eine - zu starke - Sprengladung das Schiff seeuntauglich zu machen. Die Explosion zerstört das marode Schiff, und mehr als 250 Menschen ertrinken im Mittelmeer. Überlebende werden im Auffanglager Atlit untergebracht.

**Frühjahr 1941**

Die Prioritäten der ‚Reichsvereinigung‘ liegen auf den Arbeitsbereichen ‚Auswanderung und Fürsorge‘. Gleichzeitig kürzt der zuständige Sachbearbeiter Fritz Woehr in der Abteilung IVB4 (Judenreferat) des Reichssicherheitshauptamtes mit Dienstaufsicht über die Reichsvereinigung das Budget.

Conrad Cohn, Mitglied der Reichsvereinigung seit Mai 1940, ist für das Sozialdezernat zuständig, Hannah Karminski für die Abteilung ‚Allgemeine Fürsorge‘ und Walter Lustig für die Gesundheitsfürsorge.

In Berlin werden noch bis 1941 Juden auch von den städtischen Wohlfahrtsämtern unterstützt.

**19.6.1941**

Seit dem 23. Mai ist Otto Hirsch im KZ Mauthausen inhaftiert, wo er kurze Zeit später stirbt. Der Familie wird als Sterbedatum der 19. Juni 1941 mitgeteilt, doch die Umstände seines Todes sind nicht bekannt.

**22.6.1941**

Seit Frühjahr 1941 beginnt das NS-Regime mit der operativen Umsetzung des Völkermords an den Juden Europas. Einer von unzähligen Orten des Massenmordes ist die Schlucht von Babij Jar bei Kiew in der Ukraine, in der - unterstützt durch die Deutsche Wehrmacht - Männer des SD, Einsatzgruppen und des Sonderkommandos 4a mehr als 50.000 jüdische Frauen, Männer und Kinder erschießen. Der NSV werden 137 Lastwagen mit Kleidung der Ermordeten übergeben.

**1.10.1941**

Alle Juden ab sechs Jahren müssen in Deutschland auf ihrer Kleidung sichtbar einen gelben Stern tragen.

**18.10.1941**

Vier Monate nach dem Überfall auf die Sowjetunion beginnen mit dem Verbot der Auswanderung für Juden die bis Frühjahr 1943 anhaltenden Massendeportationen aus Deutschland, dem annektierten Österreich sowie dem ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager. Die ‚Endlösung der Judenfrage‘, der Genozid an den Juden Europas, ist nun das erklärte Ziel des NS-Regimes.

Jüdische Familien, denen nach Beginn des Zweiten Weltkriegs nicht mehr die Flucht oder Auswanderung gelungen ist, werden in größeren Städten in ‚Judenhäusern‘ konzentriert, für viele oftmals ihr letzter Wohnort vor der Deportation. In den ‚Ghettos ohne Mauern‘ ist ‚die Mausefalle‘ – so die Schriftstellerin Jenny Aloni - endgültig zugeschnappt und ein Entkommen ist kaum noch möglich.

Im Anschluss an die Eingangsselektionen in Auschwitz-Birkenau werden ab Sommer 1942 alle als nicht arbeitsfähig kategorisierten Menschen durch Giftgas in den Gaskammern erstickt. In erster Linie betrifft dies Kinder, Alte, Gebrechliche oder Kranke. Mindestens 1,1 Millionen jüdische Menschen werden allein in Auschwitz ermordet.

**26.1.1943**

Das Reichssicherheitshauptamt der SS entlässt mit dem Ziel der Auflösung der ‚Reichsvereinigung‘ führende Angestellte. Dr. Leo Baeck, Dr. Paul Epstein und seine Frau werden in das ‚Altersghetto‘ Theresienstadt deportiert.

Bis April 1943 folgt die Deportation nahezu aller weiteren Juden aus Deutschland nach Theresienstadt, an Erschießungsorte im Baltikum, Konzentrations- oder Vernichtungslager.

**April 1943**

16.658 Juden leben offiziell in Deutschland. Zumeist handelt es sich um Ehepartner ‚arischer‘ Deutscher oder um solche, die als ‚Geltungsjuden‘ kategorisiert worden sind.

**Juni 1943**

Die ‚Rest-Reichsvereinigung‘ nimmt ihre Arbeit im Jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße auf. Der Abteilung III obliegt der Bereich ‚Fürsorge‘. Aufgrund der als abgeschlossen geltenden Deportationen aus Deutschland handelt es sich bei der Klientel vor allem um nicht deportierte und in ‚Mischehe‘ lebende Angehörige der ‚Reichsvereinigung‘.

**27.9.1944**

Dr. Paul Epstein, Vertreter der ‚Judenältesten‘ in Theresienstadt und ehemaliger Vorsitzender der ‚Reichsvereinigung‘, wird erschossen.

**8.5.1945**

Kapitulation und Kriegsende

Während der Shoa und dem Zweiten Weltkrieg sind sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet worden, Hunderttausende wurden vertrieben, haben ihre Familienangehörigen verloren oder sind bei Kriegsende auf der Flucht. Für viele bedeutete das Ende des Krieges erst das Erkennen des wahren Ausmaßes der Zerstörung und Vernichtung.

Diejenigen, die das Kriegsende auf deutschem Boden erleben, stammen größtenteils aus Polen oder Osteuropa. Von den rund 200 000 Juden, die 1947 in Deutschland leben, sind viele vor neuerlichen antijüdischen Ausschreitungen in Polen oder der Sowjetunion geflohen.

Internationale Hilfsorganisationen wie die ‚United Nations Relief and Rehabilitation Administration‘ (UNRRA), Vorläuferorganisation des Hohen Flüchtlingskommissariats UNHCR, und deren Nachfolgerin ‚International Refugee Organization‘ (IRO) nehmen sich, maßgeblich unterstützt durch transnationale jüdische Organisationen wie den JOINT, der Überlebenden an, die sich selbst als ‚She'erit Hapleitha‘ (Rest der Geretteten) bezeichnen.

Der im August 1945 erschienene ‚Harrison-Report‘ hat eine Verbesserung der Lage der jüdischen DPs zur Folge, die nun als Angehörige der ‚jüdischen Nationalität‘ gelten.

Zwischen 1945 und 1948 schleust die Untergrundbewegung ‚Bricha‘ etwa 100 000 jüdische Überlebende auf illegalem Weg nach Palästina.

**18.4.1945**

In dem am 15. April befreiten KZ Bergen-Belsen konstituiert sich das erste ‚Komitee jüdischer Überlebender‘, das die Hilfe für die befreiten jüdischen Mithäftlinge organisiert. Zentrale Aufgabenbereiche sind die Gesundheitsfürsorge, Suche nach Angehörigen und die Durchsetzung eines politischen Mitbestimmungsrechts. Vorsitzender dieses Komitees ist Josef Rosensaft, Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz und Mittelbau-Dora. Auch in der US-Zone erfolgt der Zusammenschluss jüdischer Überlebender.

### *April 1945*

In Köln wird die erste Jüdische Gemeinde der Nachkriegszeit gegründet. Danach kommt es zu weiteren Neugründungen: Bis 1948 entstehen in der US-Zone 50, unter britischer Besatzung 50 und in der französischen Zone 23 jüdische Gemeinden. Die größte existierte mit etwa 8.000 Mitgliedern in Berlin.

### *25.9.1945*

Der erste Kongress der ‚She’erit Hapleitah‘ findet in der britischen Zone im Displaced Persons-Lager Belsen bei Celle statt.

Nach seiner Befreiung aus Theresienstadt stellt der Rabbiner Dr. Leo Baeck die Unmöglichkeit einer Fortsetzung jüdischen Lebens in Deutschland fest.

Philipp Auerbach, Überlebender der KZ Sachsenhausen, Auschwitz und Buchenwald, übernimmt zwischen September 1945 und Dezember 1945 eine Anstellung in der Abteilung ‚Fürsorge für politisch, religiös und rassistisch Verfolgte‘ im Regierungsbezirk Düsseldorf unter britischer Besatzung. Er vertritt darüber hinaus die erste zonenweite Organisation der deutschen Juden in Norddeutschland.

# Wiederaufbau (1946 - 1988)

1946

Die ‚Allgemeine Jüdische Wochenzeitung‘, Vorläuferin der heutigen ‚Jüdischen Allgemeinen‘, erscheint.

1947

**15. 2. bis 1.3.1947**

Gründung des ‚Bundes der Verfolgten des Naziregimes‘ durch Heinz Galinski, Jeanette Wolff und den aus politischen Gründen verfolgten Walter Bartel.

**8.12.1947**

Siddy Wronsky stirbt in Jerusalem. Auf ihrem Grab findet sich das Zitat: „Eine der Gründerinnen der Sozialarbeit in Eretz Israel“.

1948

Die ‚Jewish Restitution Successor Organization Inc.‘ (JRSO) wird auf Initiative US-amerikanischer und internationaler jüdischer Organisationen gegründet. Operierend in der US-Zone stößt die JRSO Restitutionsverfahren von enteigneten und ermordeten Juden an. Die Gelder verteilte die JRSO an jüdische Institutionen und Organisationen vor allem in den USA und in Israel. In der britischen und französischen Zone sind die ‚Jewish Trust Corporation Ltd.‘ (JTC) bzw. die ‚Jewish Trust Corporation Branche Française‘ (JTCBF) aktiv. Später werden die Aufgaben von der ‚Claims Conference‘ übernommen.

**14.5.1948**

Gründung des Staates Israel und Beginn des Unabhängigkeitskrieges. Truppen Ägyptens, Syriens, des Libanon, Jordaniens und des Irak überfallen den neugegründeten Staat noch in derselben Nacht.

**Juli 1948**

Der ‚World Jewish Congress‘ (WJC) fordert mit der Resolution von Montreux Juden dazu auf, sich „nie wieder auf deutschem blutgetränktem Boden anzusiedeln“. Trotz dieses Appells beginnen jüdische Gruppen in Deutschland mit dem Wiederaufbau.

1949

**23.5.1949**

Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

**7.10.1949**

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Aufgrund der Distanzierung des Regimes von den Verbrechen des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust weigern sich Regierungsvertreter der DDR, noch bis 1990, über Entschädigungszahlungen zu verhandeln.

Die durch das Regime der DDR gesteuerte Kampagne gegen den Kosmopolitismus besitzt einen eindeutig antisemitischen Charakter. Auch gibt es gezielt eine unterschiedliche finanzielle Unterstützung für die eigenen ‚Kämpfer‘ und die jüdischen Opfer des Faschismus. Im Zuge des Prozesses gegen den Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Rudolf Slánský, werden im November/Dezember 1952 elf Todesurteile ausgesprochen. Das Todesurteil gegen Slánský am 3. Dezember löste eine Fluchtwelle von Juden aus der Tschechoslowakei aus.

Dr. Berthold Simonsohn, Überlebender des ‚Altersghettos‘ Theresienstadt, kehrt 1950 nach Deutschland zurück und wird geschäftsführender Dezernent der ‚Abteilung Fürsorge‘ der Jüdischen Gemeinde in Hamburg und des ‚Verbandes der Jüdischen Gemeinden Nordwestdeutschlands‘.

#### **19.7.1950**

In Frankfurt am Main wird der ‚Zentralrat der Juden in Deutschland‘ von den Vertretern der jüdischen Gemeinden und Landesverbände als Dachverband gegründet.

Das DP-Lager Föhrenwald für jüdische Überlebende untersteht nun deutscher Verwaltung und fungiert bis zur Auflösung 1956 unter dem Namen ‚Regierungslager für Heimatlose Ausländer‘.

#### **6.1.1951**

Der Zentralrat diskutiert Anfang des Jahres die Notwendigkeit der Gründung einer jüdischen zentralen Wohlfahrtsorganisation und beauftragt Generalsekretär Hendrik van Dam mit der Kontaktaufnahme zur Bundesregierung. Die Mitgliederversammlung wählt einen Vorstand, dem folgende Personen angehörten: Dr. Ernst Simon als Vertreter der Jüdischen Gemeinde Berlin, Dr. Ewald Allschoff als Vertreter der jüdischen Gemeinden in der amerikanischen

Zone, Siegfried Heimberg als Vertreter der jüdischen Gemeinden in der britischen Zone und Dr. Berthold Simonsohn als Vertreter der jüdischen Gemeinden Nordwestdeutschland. Dieses Gremium wählt Simonsohn als künftigen Geschäftsführer und beauftragt ihn mit der Gründung und dem Aufbau der ZWST.

#### **8.1.1951**

Das Bundesinnenministerium befürwortet die Gründung einer zentralen jüdischen Wohlfahrtsorganisation und deren Anerkennung als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege.

#### **13.1.1951**

Dr. Friedrich Ollendorff stirbt in Jerusalem.

#### **12.3.1951**

Der israelische Außenminister fordert von der Bundesrepublik Entschädigungszahlungen sowie individuelle Entschädigungsleistungen für Überlebende der Shoa.

#### **20.8.1951**

In Berlin erfolgt die Neugründung der ZWST. Der neue Name ‚Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland‘ ist der Tatsache geschuldet, dass Juden aus vielen verschiedenen Ländern in Deutschland leben. Hinzu kommt der Vorbehalt, sich nach der Shoa nicht als Deutsche bezeichnen zu wollen.

Vorsitzende der ZWST wird die SPD-Politikerin und KZ-Überlebende Jeanette Wolff. Um die Kontinuität mit der ‚alten ZWST‘ zu betonen, übernimmt deren letzter Präsident, der Rabbiner Dr. Leo Baeck, den Ehrenvorsitz.

Wie im Jahr 1917 ist die ZWST wieder die Dachorganisation aller jüdischen Wohlfahrtsbestrebungen in Deutschland. Zu ihren Schwerpunkten zählt die Interessenvertretung ihrer Mitglieder gegenüber den Bundes- und Landesbehörden sowie den Verbänden der ‚Freien Wohlfahrtspflege‘. Darüber hinaus koordiniert sie die jüdische Sozialarbeit in den Gemeinden.

Durch die Neugründung der ZWST ist ein deutliches Zeichen gesetzt, dass nicht alle jüdischen Gemeinden ihre Existenz als vorübergehend betrachten, sondern längerfristige Strukturen zur Wahrnehmung der Interessen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland schaffen wollen. Sie tun dies trotz aller Ungewissheiten hinsichtlich der Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland.

#### **27.9.1951**

Bundeskanzler Konrad Adenauer richtet die folgenden Worte an das bundesdeutsche Parlament: „Im Namen des deutschen Volkes sind unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten. [...] Die Bundesregierung ist bereit, gemeinsam mit Vertretern des Judentums und des Staates Israel [...] eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen, um damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leidens zu erleichtern.“

#### **10.9.1951**

Vertreter der Claims Conference und der Bundesregierung unterzeichnen mit dem „Luxemburger Abkommen“ zwei Protokolle:

Protokoll Nr. 1 verpflichtete die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, gesetzliche Grundlagen für die Rückerstattung von Vermögenswerten und die individuelle Entschädigung Überlebender zu schaffen.

In Protokoll Nr. 2 verpflichtete sich die Regierung, der Claims Conference 450 Millionen DM für die Unterstützung und Ansiedlung jüdischer Überlebender zur Verfügung zu stellen. Die Bundesrepublik schloss auch mit dem Staat Israel ein Abkommen.

#### **4.2.1952**

Eintragung der ZWST in das Vereinsregister beim Amtsgericht Hamburg.

#### **Frühjahr 1952**

Verhandlungen über Bundessubventionen durch Dr. Ewald Allschoff, Prof. Dr. Herbert Lewin und Jeanette Wolff, Vorstandsvorsitzende der ZWST. Die ‚Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege‘ gewähren der ZWST Zuschüsse, ebenso wie die Bundesregierung.

Die ZWST beteiligt sich an der Ölbaumspende für den Jüdischen Nationalfonds. Durch die Spendenaktion werden jüdische Arbeiter und deren Familien in Israel unterstützt, die die Bäume pflegen und nutzen.

#### **März 1952**

In Schloss Wassenaar in Den Haag wird das deutsch-israelische Entschädigungsabkommen und das Protokoll über deutsche Entschädigungsleistungen an individuelle Shoa-Überlebende unterzeichnet.

Die ZWST richtet erneut eine Winterbeihilfe für besonders bedürftige Familien ein.

Wiedergründung des ‚Jüdischen Frauenbundes‘ in Deutschland.

#### *Januar 1953*

Die Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden Ost-Berlin, Dresden, Halle, Leipzig und Erfurt flüchten nach Westdeutschland. Innerhalb kurzer Zeit verlassen mehr als 500 Mitglieder der jüdischen Gemeinden die DDR. Hintergrund dieser Fluchtbewegung waren antisemitische Anschuldigungen, jüdische Ärzte hätten im Auftrag des JOINT Josef Stalin vergiften wollen. Die ZWST koordiniert die Hilfe für die Gemeinden, beantragt beim JOINT Mittel für die Anschaffung von Hausrat und Bekleidung und übernimmt die Kosten für die vorübergehende Unterbringung.

Bertold Scheller wird als Sozialreferent bei der ZWST eingestellt.

#### *Mai 1953*

Der ‚Zentralrat‘ beantragt bei der Claims Conference ein jährliches Budget für die ZWST, welches bewilligt wird.

Durch dieses Budget bezieht der bisher ehrenamtlich arbeitende Geschäftsführer Dr. Berthold Simonsohn nun erstmals ein reguläres Gehalt.

Es existieren in Westdeutschland 70 jüdische Gemeinden mit 22 000 Mitgliedern, die in 13 Landesverbänden vertreten sind. Ihr Durchschnittsalter liegt bei 55 Jahren. Etwa 10 000 Personen aus diesen Gemeinden sind auf eine geistige, seelische sowie finanzielle Unterstützung angewiesen, so der Sozialatlas der deutschen Bundesregierung für das Jahr 1956.

Schwerpunkt der Arbeit der ZWST liegt auf der Versorgung der jüdischen DPs im größten Lager Föhrenwald in Bayern.

Nach erfolgreichen Verhandlungen des ‚Zentralrats‘ mit ausländischen jüdischen Organisationen erhält die ZWST zusätzliche Mittel aus dem Globalabkommen.

Die ZWST, vertreten durch Dr. Berthold Simonsohn, ist maßgeblich beteiligt an den gesetzgeberischen Aktivitäten des Bundes und wirkt an der Formulierung des Schwerbeschädigtengesetzes, des Lastenausgleichs und beim Vertriebenengesetz mit.

Gründung des Leo Baeck Instituts in Jerusalem.

### **Sommer 1955**

Da der JOINT seine Arbeiten in Bayern einstellt, erweitert sich das Arbeitsfeld der ZWST, die ihren Hauptsitz nach Frankfurt am Main verlagert. Folgende Verbände sind Mitglieder der ZWST:

1. die neun Landesverbände jüdischer Gemeinden in der Bundesrepublik,
2. die vier landesverbandsfreien jüdischen Gemeinden in Berlin, Bremen, Hamburg, Köln,
3. das Israelische Krankenhaus Hamburg,
4. der ‚Jüdische Frauenbund‘ in Deutschland,
5. der ‚Koordinierungsausschuss der jüdischen Studentenvereinigungen‘ in der Bundesrepublik und
6. ‚Beth-Or‘ (Selbsthilfe der jüdischen Blinden und Gehörlosen).

Die zentralen Arbeitsgebiete der ZWST sind die Beratung bei Wiedergutmachungsfragen, Errichtung von Darlehenskassen, Eingliederung der in Deutschland noch lebenden jüdischen Displaced Persons, Kinder- und Jugendarbeit, Förderung von Kindergärten und Kinderhorten der Gemeinden, Unterstützung bei der Einrichtung von Jugendzentren, Kindererholungsprogrammen, Altenarbeit und Unterstützung der Altenwohnheime und Fortbildungskurse für Fachkräfte.

Die ZWST ist Mitglied der ‚Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege‘ und wirkt regelmäßig in der bundesdeutschen Sozialgesetzgebung und der Reform des Bundesentschädigungsgesetzes mit.

### **Oktober 1955**

Harry Maør wird als Referent für Jugendarbeit bei der ZWST eingestellt.

Für Ferienfreizeiten erwirbt die ZWST im Schwarzwald das ‚Henriette-Szold-Kinderferienheim‘ mit finanzieller Unterstützung des JOINT.

Statistische Erhebungen der ZWST unter den jüdischen Gemeinden einschließlich West-Berlin ergeben, dass zwischen 1955 und 1959 die Zahl der Gemeindemitglieder von 15 684 auf 21 563 gestiegen ist.

### **Februar 1956**

Die Zeitschrift ‚Jüdische Sozialarbeit‘ erscheint erstmals als Fortsetzung der 1938 liquidierten Zeitschrift ‚Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik‘. Redakteur ist Dr. Ernst G. Lowenthal, der auch die letzten Hefte 1938 verantwortet hatte.

Die ZWST stellt fünf zusätzliche Kräfte zur Unterstützung derjenigen jüdischen Gemeinden in Deutschland ein, die bereit sind, jüdische DPs aus Föhrenwald aufzunehmen. Dort leben noch über 3600 Menschen. Die zusätzlichen Mitarbeiter der ZWST werden beauftragt, „die Eingliederung der Familien aus Föhrenwald, die im Laufe dieses Sommers erfolgen muss, durchzuführen und sämtliche damit entstehenden Probleme zu behandeln.“

### **5.-10. 8.1956**

Dr. Simonsohn lädt während der 8. „Internationalen Konferenz für Sozialarbeit“ die teilnehmenden jüdischen Fachleute aus vielen Teilen der Welt dazu ein, einen Ausschuss für internationalen Erfahrungsaustausch zu bilden. In der ‚Jüdischen Sozialarbeit‘ heißt es zu dem Treffen: „Im Rahmen der Münchener Konferenz soll das einst abgebrochene Gespräch der jüdischen Sozialarbeiter, wenn auch unter ganz andersartigen Bedingungen, wieder aufgenommen werden.“

### **2.11.1956**

Dr. Leo Baeck stirbt in London.

Ende des Jahres wird das Jugendreferat der ZWST eingerichtet. Die ZWST unterstützt nahezu 600 Kinder finanziell bei Ferienaktionen. Auch im Rahmen der ‚Osthilfe‘, der Hilfe für die Bedürftigen in Ostberlin und in den jüdischen Gemeinden in der DDR, ist die ZWST aktiv und unterstützt zudem den ‚Jüdischen Frauenbund‘ und die jüdische Blindenvereinigung ‚Beth Or‘.

Erstmals wird auch über eine Ruhegehaltsordnung der Angestellten jüdischer Gemeinden und Organisationen diskutiert.

Die ZWST plant Altenheime in Neustadt und Dortmund. Auch unterstützt sie Altenheime in Jerusalem und übernimmt eine Patenschaft für die Jugend-Aliyah.

#### **21. bis 31.12. 1956**

Erster Ausbildungsgang für jüdische Jugendleiter im Henrietta-Szold-Heim in Wembach. Das Heim untersteht der Leitung von Moshe Abraham, Jugendreferent Berlin.

## 1957

Die ZWST verfügt über Zweigstellen in Stuttgart, München, Köln, Hamburg und Berlin und erfasst in ihrer Mitgliederstatistik 18.992 jüdische Gemeindemitglieder auf westdeutschem Boden.

Aufgrund der Einmärsche der Sowjets in Ungarn und in die Tschechoslowakei gibt es eine jüdische Fluchtbewegung in den Westen.

Iranische Juden ergreifen bereits in der Endphase des Schah-Regimes, vor allem aber danach die Flucht in die Bundesrepublik. Ein kleiner Zustrom von Israelis kommt während der gesamten Nachkriegsjahrzehnte hinzu.

#### **28.2.1957**

Nach Auflösung des Lagers in Föhrenwald werden die 789 noch verbliebenen DPs in verschiedenen jüdischen Gemeinden untergebracht, welche sich in Zusammenarbeit mit der ZWST um die Betreuung und Eingliederung der zugewiesenen Überlebenden bemühen.

#### **Juni 1957**

Die ‚World ORT‘ (Organisation – Reconstruction – Training) gründet in Frankfurt am Main ein Landeskomitee. Die ZWST tritt diesem bei.

#### **23. bis 30.6.1957**

Ausbildungsprogramm für Feriengruppenleiter im Henrietta-Szold-Heim Wembach mit 37 Teilnehmern. Die Gestaltung des Unterrichts liegt in den Händen des Leiters Moshe Abraham sowie Deborah Miller.

In Wembach und im Schloss Lichtenau im Salzburger Land finden unter Leitung von Shimon Sachs Ferienkolonien für jüdische Kinder im Alter von sieben bis 13 Jahren statt.

#### **9.9.1957**

Max Eschelbacher, Nachfolger von Leo Baeck in der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf und bereits in den 1930er Jahren in der ZWST aktiv, schreibt anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der ZWST: „Der lebendige Geist, der die ZWST geschaffen hat, konnte nicht getötet werden. 13 Jahre nach dem gewaltsamen Ende der ‚alten ZWST‘ ist sie verjüngt in der ‚neuen ZWST‘ aufgelebt.“ Auch Chefredakteur Ernst G. Lowenthal verweist auf die Kontinuität in der Gesinnung seit ihrer Gründung.

#### **30.9.1957**

Auf der Vorstandssitzung der ZWST in Frankfurt am Main betont Saul Kagan, Geschäftsführer und Vizepräsident der Claims Conference, einen „Rekord von Arbeit, von Tätigkeit und von Leistung“ der ZWST innerhalb der kurzen Zeit nach ihrer Neugründung. „Man kann die Möglichkeiten, die sich den jüdischen Gemeinden in Deutschland für jetzt und für die Zukunft bieten, zusammenfassen dadurch, daß man verschiedene Mittel richtig einsetzt; mit Verantwortung und Überlegung sich entschließt, wie man wirklich [in] die Zukunft der jüdischen Gemeinden in Deutschland investieren soll.“

Die Kibbuz-Bewegung ‚Ichude-Habonim‘ erklärt sich bereit, der ZWST qualifizierte Kräfte für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Ziel ist es, die deutsch-jüdische Jugend zu unterstützen, um sie „für das deutsche Judentum erhalten“ zu können.

**24.2.1958**

Anlässlich einer Vorstandssitzung betont Dr. Berthold Simonsohn, dass die Kinder- und Jugendarbeit der ZWST einen immer größeren Raum einnehme: „Wenn man eine Einstellung zur jüdischen Gemeinschaft in Deutschland hat, kann sie nicht nur über 3 oder 10 Jahre dauern – wir müssen unsere Arbeit in die Zukunft, also in die Jugend investieren.“

In Berlin wird ein Jugendzentrum der ZWST eröffnet. Dr. Simonsohn verweist auf die Notwendigkeit einer Einrichtung für alle Gebiete der jüdisch-sozialen Arbeit, zudem sollen die jüdischen Gemeinden der Bundesrepublik aufgefordert sein, die Arbeit der Fachkräfte zu unterstützen.

Jeanette Wolff und Dr. Berthold Simonsohn werden als Vertreter der ZWST Mitglieder des Beirats im ‚Bundesministerium für Vertriebene und Flüchtlinge‘.

Im Zuge des Algerien-Krieges 1954 bis 1962 fliehen Juden in die Bundesrepublik. Die Claims Conference fordert die ZWST auf, Gemeindemitglieder in die Pflicht zu nehmen, da sich die ZWST größtenteils aus deutschen bzw. jüdischen Hilfen finanziert. Vor diesem Hintergrund führt Heinz Galinski aus: „Wir haben die Verpflichtung, uns klar zu werden über die zukünftige Existenz der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland.“

Die ZWST diskutiert die Frage, die wirtschaftliche Wiedereingliederung von Rückwanderern aus Israel zu unterstützen.

**Herbst 1958**

Max Willner wird neben Berthold Simonsohn gleichberechtigter Geschäftsführer der ZWST. Ihm obliegen die Ressorts ‚Personal und Finanzen‘. Ab Januar 1959 ist er im Amt des Verwaltungsdirektors in der ZWST tätig und bis 1979 aktiv in der Geschäftsstelle in Frankfurt am Main.

**15.-16.2.1959**

Der Vorstand der ZWST wird neu gewählt. Ihm gehören nun an Jeanette Wolff (Berlin), Heinz Galinski (Berlin), Dr. Max Plaut (Bremen), Alfred Weichselbaum (Frankfurt am Main) und Sally Kessler (Köln). Vertreter sind Werner Nachmann (Karlsruhe) und Josef Warscher (Stuttgart).

**Juni 1959**

Der Vorstand der ZWST beschließt, dass in der ‚Allgemeinen Wochenzeitung der Juden‘ ein kurzer Bericht über jede Vorstandssitzung erscheinen soll.

Neuer Jugendreferent der ZWST wird der Israeli Naftali Karny.

Seit 1958 gibt es innerhalb der ZWST Überlegungen, auch nichtjüdische Spender um Unterstützung anzufragen. Hendrik van Dam erhebt dagegen Bedenken: „Es ist mit unserer Würde schwer vereinbar.“ Auch Heinz Galinski äußert sich kritisch: „Wir können nicht bei Firmen sammeln, die in der Vergangenheit nicht einwandfrei waren und die sich damit irgendwie dann reinwaschen und das womöglich noch publik machen wollen.“ Hintergrund sind Forderungen der Claims Conference, ein bestimmtes Budget selbst aufzubringen.

Auf Initiative von Alfred Weichselbaum, Jugenddezernent der ZWST, werden Israel-Reisen für Jugendliche organisiert, die vom ‚Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen‘ unterstützt werden.

Thea Baer (JOINT) wird Supervisorin der ZWST mit der Aufgabe, Kindergärtnerinnen zu beraten und fachlich anzuleiten.

**Oktober 1959**

Die ‚Hebrew Immigrant Aid Society‘ (HIAS) kündigt an, ihr Büro für Deutschland zu schließen, da die Zahl der Auswanderer stark zurückgegangen ist. Administrative Aufgaben werden der ZWST übertragen, die fachliche Verantwortung liegt weiterhin bei HIAS Paris.

Ab Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre werden in Bonn, Bremen, Hamburg und Köln neue Synagogen erbaut, teils mit angeschlossenen Gemeindezentren.

Der Mitarbeiterstab der ZWST ist auf etwa 25 Personen angewachsen.

## 1960

Seit Anfang der 1960er Jahre besteht mit der ‚Standing Conference on European Jewish Community Service‘ mit Sitz in Paris ein zentraler Zusammenschluss der jüdischen Gemeinden Westeuropas. Die ZWST ist an deren Arbeitsprogramm beteiligt. Bis Mitte der 1960er Jahre sitzen Vertreter der ZWST in diversen wohlfahrtspflegerischen Einrichtungen wie dem Kuratorium des ‚Albert-Schweitzer-Kinderdorfes e. V.‘ oder im Aufsichtsrat der ‚Hilfskasse gemeinnütziger Wohlfahrtseinrichtungen Deutschlands GmbH‘.

Es gibt 21.772 jüdische Gemeindemitglieder in Deutschland.

Die Schwerpunkte der Sozialen Arbeit der ZWST liegen in den Bereichen Kinder- und Familienfürsorge, Fürsorge für alte Menschen und wirtschaftliche Eingliederung.

Eine Kommission innerhalb der ZWST arbeitet Empfehlungen für die Landesverbände und Gemeinden aus. Ihre Mitglieder sind Rolf Löwenberg (Berlin), Prof. Gottschalk (Frankfurt), Heinrich Freund (Vorsitzender der Jugend-Kommission, Karlsruhe), Paul Baruch (Nürnberg) und Reg. Dir. Blum (Saarbrücken). Grundlage sind Ausführungen Dr. Berthold Simonsohns zum Thema „Aufgaben der jüdischen Sozialarbeit in Deutschland und das Verhältnis der ZWST zu den Gemeinden.“ Dr. Simonsohn betont, dass die ZWST einen Wandel durchläuft - weg von einer Verteilerorganisation hin zu einer beratenden Organisation.

Die ZWST unterstützt die Sozialbudgets der jüdischen Gemeinden Nordwestdeutschland e. V. (Hamburg), Hessen, Württemberg und Hohenzollern, Baden e. V. (Frankfurt), Bayern e. V. (München), der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, der Israelitischen Gemeinde Bremen, der Synagogen-Gemeinde Saar und des Landesverbandes Rheinland-Pfalz.

Im Zuge des Weltflüchtlingsjahres 1959/60 erhält die ZWST Mittel aus einem Fonds, der Auswanderer, die auf eine zusätzliche finanzielle Unterstützung angewiesen sind, unterstützen soll.

### *Juni 1960*

Jeanette Wolff und Heinz Galinski werden Vertreter der ZWST im Vorstand der CARE-Stiftung.

In Israel wird Dr. Giora Lotan (Georg Lubinski, ehemaliger Leiter des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände und der Abteilung Berufsausbildung und Berufsumschichtung in der Reichsvertretung) Generaldirektor des Wohlfahrtsministeriums.

Jeanette Wolff ist erste Vorsitzende der ZWST, Heinz Galinski Stellvertreter. Geschäftsführer ist Max Willner.

Die ZWST unterstützt die jüdische Presse wie die ‚Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland‘ oder die ‚Münchener Jüdischen Nachrichten‘.

### **18.8.1961**

Auf der Vorstandssitzung in der Synagogengemeinde Köln wird beschlossen, dass die ZWST nicht nur in der ‚Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege‘ vertreten ist, sondern auch im ‚Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge‘ und in der ‚CARE-Memorial-Foundation‘.

Für „die individuell-jugendfürsorgerische Arbeit“ schafft die ZWST ein neues Referat, das die Fürsorgeabteilungen der Gemeinden bei der Entwicklung lokaler Hilfsmöglichkeiten anregen und beraten soll. Hierfür wird Dr. Günter Feldmann, psychoanalytischer Kinder- und Jugendpsychotherapeut, eingestellt.

### **31.12.1961**

Dr. Berthold Simonsohn verlässt die ZWST und wird zum Professor für Sozialpädagogik und Jugendrecht an die Goethe-Universität in Frankfurt am Main berufen.

Die ZWST unterstützt seit Anfang des Jahres jüdische Flüchtlinge aus Algerien, die in Frankreich Aufnahme gefunden haben. Hierfür wird der ‚Gegenseitige Internationale Hilfefonds‘ auf Vorschlag der Finanzkommission der ZWST ins Leben gerufen. Jüdische Gemeinden sowie Landesverbände beteiligen sich an der Hilfsaktion.

### **8.2.1962**

Jeanette Wolff wird auf der Vorstandssitzung in Frankfurt am Main einstimmig zur Ehrenvorsitzenden der ZWST gewählt. Sie vertritt den Verband weiterhin in den Gremien der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege.

### **1.3.1962**

Auf der Vorstandssitzung in Frankfurt wird Heinz Galinski zum ersten Vorsitzenden der ZWST, Sally Kessler, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Köln und SPD-Stadtverordneter, zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Als Stellvertreter fungieren Alfred Weichselbaum und Max Willner.

Die ZWST stellt Kindern aus Hamburg, die von der Flutkatastrophe betroffen sind, ihr Heim in Wembach zur Verfügung.

Auf Anfrage des ‚Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte‘ werden Max Willner und Berthold Scheller in den Beirat berufen.

## 1963

Dr. Herbert Lewin, Direktor der Städtischen Frauenklinik in Offenbach und Überlebender mehrerer Konzentrationslager, löst Heinz Galinski an der Spitze des Zentralrats ab.

### *November 1963*

Alfred Weichselbaum zieht sich aus dem Vorstand der ZWST zurück.

## 1965

### *12.5.1965*

Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland.

### *Oktober 1965*

Das letzte Heft der ‚Jüdischen Sozialarbeit‘ erscheint

## 1967

Die ZWST unterstützt die Herausgabe einer Studie über „Die jüdische Jugend in Deutschland“. Sie sollen in den jüdischen Gemeinden aktiven Jugendleitern als Handreichung dienen. Das Buch erscheint 1967 unter dem Titel „Über die jüdische Jugend im heutigen Deutschland“ in München. Autor ist Walter W. Jacob Oppenheimer, der damit an der Universität Zürich seine Promotion vorlegt.

Immer wieder ist die ZWST transnational aktiv, sei es für die Opfer der Flutkatastrophe in Italien oder im Rahmen der Flüchtlingshilfe für Kuba.

Die ZWST verfügt nun über vier Kommissionen:

1. Fürsorgefachkommission (Dezernenten Heinz Galinski/Alfred Weichselbaum)
2. Jugendarbeit (Dezernenten Sally Kessler und Günther Singer)
3. Finanzwesen/Verwaltung (Dezernent Werner Nachmann/Simon Snopkowski)
4. Presse (Dezernent Sally Kessler).

Gründung der Stiftung ‚Deutsches Hilfswerk‘, welche die Erträge aus der Fernsehlotterie verteilt. Heinz Galinski wird Stellvertreter von Dr. Theodor Schober (‚Innere Mission‘ und ‚Hilfswerk der Evangelischen Kirche‘).

Die ZWST plant einen zentralen Hilfsfond.

Die größte Summe im Budget sind die Kinderferienprogramme sowie Darlehen für Flüchtlinge.

## 1968

1968 fliehen Juden aus Polen aufgrund der dortigen antijüdischen Politik.

## 1969

Einrichtung eines Sonderfonds für Flüchtlinge aus den Ostblockstaaten, insbesondere aufgrund der Ereignisse in der Tschechoslowakei und in Polen. Auch bedürftige Juden in Kuba werden unterstützt. Dr. Hendrik van Dam (Zentralrat) macht in einem Schreiben die Geflüchteten auf ihre Rechte gegenüber den Wiedergutmachungsbehörden aufmerksam.

Die ZWST verfügt über einen vertrauensärztlichen Dienst, seit dem 1. November 1968 liegt er in den Händen von Dr. Siegmund Kalinski.

1970

Auf Vorschlag der Jugendkommission der ZWST wird ein Seminar in Israel geplant und gemeinsam durchgeführt mit der ‚Jugend- und Hechaluz-Abteilung der Jewish Agency‘.

Das Sozialbudget muss aufgrund der Aufnahme von Geflüchteten aus den Ostblockstaaten erhöht werden.

Die ZWST stellt Spenden für die Opfer der Flutkatastrophe in Algerien und Tunesien zur Verfügung.

1971

Der JOINT und die ‚Hebrew Immigrant Aid Society‘ betreuen ankommende Flüchtlinge aus Algerien und Tunesien in Wien. Der Wunsch der Flüchtlinge, in die Bundesrepublik weiterzureisen, wird zurückgewiesen: „Deutschland sei kein Einwanderungsland für jüdische Flüchtlinge.“ Das Direktorium des Zentralrats sieht darin eine Diskriminierung der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland.

Im Sozialbudget wird ein Sondersozialfonds für Flüchtlinge aus Lateinamerika eingerichtet. Es werden genaue Regelungen festgesetzt hinsichtlich Betreuung und Unterstützung der Ankommenden bzw. deren Familien. Der Fonds muss bald verdoppelt werden.

1972

Die ZWST unterhält Jugendzentren in Dortmund, Berlin und Stuttgart. Sie streicht die Winterbeihilfen und ersetzt sie durch die Position ‚Sondermaßnahmen für Altenbetreuung‘. Ziel ist es, die Gemeindeglieder mit der Gründung von Altenclubs, psychiatrischer Beratung und einer häuslichen Betreuung durch Pflegepersonal zu unterstützen.

Es wird entschieden, alle sechs Monate ein Informationsblatt herauszugeben mit Angaben darüber, welche Aktivitäten der Gemeinden und Verbände durch die ZWST unterstützt werden können, so etwa in Form von Essen auf Rädern, Instandsetzung von Alten- und Jugendheimen, aber auch im Bereich der Ausbildung von Sozialarbeitern oder Erziehern.

**24.10.1972**

Die ZWST-Dezernate ‚Sozialarbeit‘, ‚Gesundheitswesen‘ und ‚Altenbetreuung‘ werden zusammengefasst.

1973

**7.-11.6.1973**

Willy Brandt besucht als erster deutscher Bundeskanzler Israel.

1974

**23.1.1974**

Das Thema ‚Einwanderer aus der Sowjetunion‘ steht erstmals auf der Tagesordnung der Vorstandssitzung der ZWST.

**1.9.1974**

Benjamin (Beni) Bloch, Leiter des Jugendzentrums der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main, wird Jugendreferent der ZWST.

**März 1974**

In der Sitzung des ‚European Council of Jewish Community Services‘ in Mailand wird über die Auswirkungen des Jom-Kippur-Kriegs auf das europäische Judentum und den starken Anstieg antisemitischer Ressentiments diskutiert. Vertreter der ZWST sind Heinz Galinski, Max Willner und Alfred Weichselbaum.

Die ZWST schickt Vertreter in die ‚Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe‘, in den ‚Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen‘, in den Aufsichtsrat der ‚Bank für Sozialwirtschaft mbH‘ und in die Kuratorien der ‚Deutschen Altershilfe‘ und der ‚Stiftung Deutsches Hilfswerk‘.

**1975**

Im Sommer entgeht Heinz Galinski in Berlin einem von unbekanntem Tätern verübten Paketbombenanschlag.

**1976**

Viermal jährlich erscheinen die Mitgliederstatistik der ZWST und monatlich die Statistik über die Zugänge aus der UdSSR.

**1977**

**3.-8.5.1977**

In Jerusalem findet die konstituierende Sitzung der ‚World Federation‘ für Gemeindezentren statt. Alfred Weichselbaum ist als Vertreter der ZWST anwesend und wird zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

**1978**

**8.1.1978**

Prof. Dr. Berthold Simonsohn stirbt in Frankfurt am Main.

Heinz Galinski wird Ehrenmitglied des ‚European Council of Jewish Community Services‘.

**31.12.1978**

Max Willner tritt als Direktor der ZWST zurück. Neuer Direktor wird Alfred Weichselbaum.

**1979**

In Heidelberg wird auf Initiative des Zentralrats die Hochschule für Jüdische Studien eröffnet. Sie beginnt mit 16 Studierenden.

**1982**

Die ZWST unterstützt Rückwanderer nach Israel und richtet hierfür einen Sonderfonds ein.

Erstmals taucht im Beschluss-Protokoll des Vorstands die Frage nach einem Durchleuchtungsapparat für Postsendungen aufgrund sicherheitspolitischer Bedenken auf. Hintergrund ist die damalige sicherheitspolitische Lage in Europa.

**1983**

**31.3.1983**

Berthold Scheller, erster Sozialreferent der ZWST nach dem Krieg, scheidet aus der ZWST aus - das Sozialreferat der ZWST geht über an Aviva Goldschmidt.

Heinz Galinski wird die Ehrendoktorwürde der Bar-Ilan-Universität in Ramat Gan (Israel) verliehen.

## 1984

### *Februar 1984*

Alfred Weichselbaum, Direktor der ZWST, stirbt.

Die Führung der Geschäfte der ZWST wird kommissarisch an Günter Singer (Hamburg), den stellvertretenden Vorsitzenden der ZWST, übertragen. Die Verantwortung für die Jugendarbeit und die Kinderheime in Wembach und Sobernheim liegt in den Händen von Jugendreferent Benjamin (Beni) Bloch. Die Bereiche Sozialarbeit und Seniorenverschickung verantwortet Aviva Goldschmidt. Sie ist neben Günter Singer Vertreterin der ZWST im Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen.

Die ZWST unterstützt ausreisewillige Juden aus der UdSSR.

Benjamin (Beni) Bloch wird Vertreter der ZWST in der ‚CARE-Stiftung‘.

Einrichtung eines ‚Pädagogischen Zentrums‘ (PZ) der ZWST mit einem umfangreichen und laufend aktualisiertem Literatur- und Filmarchiv. Das PZ gibt vielseitige Materialsammlungen zu jüdischen Themen („Kits“) für Jugendzentren, Gemeinden und Schulen heraus. Die Materialien sind pädagogisch aufbereitet und enthalten didaktische und methodische Vorschläge und Ideen für die Gruppenarbeit.

## 1985

Die ZWST unterstützt mit der sogenannten ‚Operation Moses‘ die Äthiopien-Hilfe.

## 1986

### *18.9.1986*

In Berlin wird in Charlottenburg eine jüdische Schule mit 25 Schülern eröffnet. Heute heißt sie Heinz-Galinski-Schule. Aufgrund der Zuwanderung aus der UdSSR wird die Schule erweitert.

Der Vorstand der ZWST beschließt, eine Dokumentation über die ZWST in Auftrag zu geben. Sie wird von Berthold Scheller erarbeitet.

Im September 1986 erschüttert ein Attentat auf die Istanbuler Synagoge die Welt. Die ZWST spendet für die Jüdische Gemeinde in Istanbul.

In Frankfurt am Main wird das Jüdische Gemeindezentrum eröffnet. Architekt ist Salomon Korn. Ignatz Bubis, Vorsitzender der Gemeinde Frankfurt führt aus: „Mit dem Bau des Hauses ist ein Zeichen gesetzt, dass die neue Generation wieder einen festen Bestandteil der Frankfurter Bevölkerung darstellt [...] es war richtig, wieder anzufangen - und dies soll auch mit dem neuen Haus deutlich sichtbar werden!“

## 1987

Die Stadt Berlin verleiht Dr. h.c. Heinz Galinski die Ehrenbürgerwürde.

Anlässlich des 70. Jubiläums der ZWST verfasst Bertold Scheller eine Broschüre „Die Zentralwohlfahrtsstelle. Jüdische Wohlfahrtspflege in Deutschland. 1917-1987“.

## 1988

### *7. Juni 1988*

Trude Simonsohn, Witwe von Dr. Berthold Simonsohn, nimmt erstmalig als Vorstandsmitglied an einer Sitzung der ZWST in Frankfurt am Main teil.

# Zuwanderergeneration (1989 - 2017)

1989

## 1. März

Paul Spiegel wird in Bonn zum Vorstandsvorsitzenden der ZWST gewählt, stellvertretende Vorsitzende ist Maria Brauner.

Im Vorstand der ZWST wird darüber gesprochen, dass viele Gemeinden in der Bundesrepublik aufgrund geringer Mitgliederzahlen nur noch durch Zuwanderer existenzfähig sind, die – so Maria Brauner – „eine große Bereicherung für das Gemeindeleben“ darstellen.

## 9.11.1989

Fall der Mauer. Israel stimmt der Wiedervereinigung am 1.12.1989 zu.

1990

Zuwanderung und Integration sind die dominierenden Themen seit Beginn der 1990er Jahre.

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten verbinden die jüdischen Gemeinden Deutschlands auch ambivalente Gefühle. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, Anschläge auf jüdische Einrichtungen und Friedhöfe verzeichnen nach 1990 einen starken Anstieg. Auch in den neuen Bundesländern kommt es zu Ausschreitungen und fremdenfeindlichen Übergriffen gegen Asylbewerber.

In den neuen Bundesländern gibt es kaum eine jüdische Infrastruktur, auf der die ZWST aufbauen kann. Das jüdische Leben findet hauptsächlich im Privaten statt. Neben der fehlenden Anbindung an Traditionen spielen Antisemitismus und eine feindselige Israelpolitik der DDR-Regierung eine Rolle. Aufgrund der Sozialisation durch Zwänge der DDR-Ideologie steht ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung in der DDR dem religiösen Judentum fern.

Die ZWST übernimmt die Verantwortung für das jüdische Leben im Osten der Republik und unterstützt die dortigen Gemeinden bei der Sozialen Arbeit mit eigenen Mitarbeitern. Im November 1990 findet eines von zahlreichen, noch folgenden Seminaren statt, welche die jüdische Zuwanderung aus der Sowjetunion zum Thema haben. Dr. Heinz Galinski sieht die Notwendigkeit, ein Konzept für die Soziale Arbeit in der ehemaligen DDR auszuarbeiten.

Die DDR nimmt jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion auf und schafft für diese erstmals aufenthaltsrechtliche Regelungen im Juli 1990. Mit der seit August 1990 durch die DDR-Regierung eingerichteten „Beratungs- und Konsultationsstelle für jüdische Zuwanderer“ arbeitet die ZWST eng zusammen. Innerhalb der Jüdischen Gemeinde Ost-Berlin wird eine Zweigstelle der ZWST aufgebaut. Sie intensiviert ab März 1991 die Beratung der Zuwanderer, die in Wohnheimen im Osten der Republik und in Berlin untergebracht sind. Jüdische Zuwanderer werden temporär in 27 Aufnahme- und Wohnheimen mit einer Kapazität von 2500 Menschen untergebracht. In Mecklenburg-Vorpommern mit der Gemeinde Schwerin bestehen zwei, in Brandenburg, wo es keine Jüdische Gemeinde gibt, vier solcher Heime, in Sachsen-Anhalt mit den Gemeinden Magdeburg und Halle acht, in Thüringen mit der Gemeinde Erfurt vier Aufnahmeheime, in Sachsen mit den Gemeinden Leipzig, Dresden und Chemnitz sechs und in der Jüdischen Gemeinde Berlin drei Heime.

Es finden berufs- und ausbildungsorientierte Sprachkurse statt. Die ZWST verteilt an Rosh Haschana Neujahrs Geschenke an Zuwanderer, die in den verschiedensten Flüchtlingsheimen untergebracht sind. In Berlin finden auch sogenannte Kaffeetafeln für 200 bis 300 Zuwanderer mit dem Vorsitzenden des Zentralrats, Dr. Heinz Galinski, und Vertretern der jüdischen Gemeinden sowie der ZWST statt. Zudem zahlt die ZWST ein Starthilfekapital.

1991

**9.1.1991**

Die Ständige Konferenz der Innenminister beschließt das „Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge“ (HumHAG), unter dessen Regelung die Zuwanderer aus der Sowjetunion fallen, wenn sie den Nachweis der jüdischen Abstammung durch Pass oder Geburtsurkunde vorlegen.

In der ZWST wird ein „Zentrales Melderegister für russische Juden“ eingerichtet.

**Frühjahr 1991**

Die ZWST organisiert Beratungsangebote in Schwerin, Rostock und Wismar, die später als Zweigstelle in Mecklenburg-Vorpommern fest etabliert werden.

**01.09.1991**

Einrichtung einer Zweigstelle der ZWST in Dresden.

1992

Auf Anregung der Claims Conference und anderer Organisationen werden aufgrund des Zuzugs jüdischer Zuwanderer die Entschädigungsregelungen nachgebessert. Die Bundesregierung richtet einen Fonds für diejenigen Verfolgten und Überlebenden ein, die bislang keine oder nur geringfügige Leistungen erhalten haben. Bis heute finden Nachbesserungen der Entschädigungsregelungen statt.

Anlässlich des 75. Jubiläums der ZWST findet in Frankfurt am Main vom 3.12.1992 bis 28.2.1993 eine Ausstellung zur Geschichte der ZWST statt. Der umfangreiche Begleitband zur Ausstellung trägt den Titel „Zedaka. Jüdische Sozialarbeit im Wandel der Zeit. 75 Jahre Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland 1917 bis 1992“.

**19.7.1992**

Heinz Galinski stirbt in Berlin.

1993

Einrichtung des Kurhotels Eden-Park in Bad Kissingen, um Integrationsmaßnahmen und Erholungsmöglichkeiten für die nach Deutschland gekommenen Zuwanderer zu ermöglichen.

Die 1993 eingerichtete Jüdische Galerie in Berlin-Mitte versteht sich als Integrationseinrichtung für jüdische Künstler aus Osteuropa, die in Deutschland leben.

1997

Gründung des Kammerorchesters ‚Hatikwah‘, Leitung: Dirigent Hans-Dieter Resch. Das Orchester besteht aus professionellen Musikern, die aus der ehemaligen Sowjetunion zugewandert sind.

1998

Die Tanzgruppe der ZWST wird ins Leben gerufen.

Auftakt regelmäßiger Fortbildungen für Sozialarbeiter in den jüdischen Gemeinden, die bis heute Bestand haben.

**01.01.1998**

Die Landesregierung Brandenburg beschließt die Einrichtung einer landesfinanzierten, überregionalen Beratungsstelle für jüdische Zuwanderer mit Sitz in Potsdam und überträgt diese ab 1998 der ZWST.

1999

Die ZWST bringt im Rahmen des ‚Lehawa-Projekts‘ Freiwillige aus Israel nach Deutschland, um jüdische Tradition und Kultur in den Gemeinden zu stärken.

2000

Abraham Lehrer, bereits seit 1996 aktiv im Vorstand der ZWST, wird zum Vorstandsvorsitzenden gewählt. Erster und zweiter Stellvertreter werden Michael Warman und Prof. Dr. Leo Latasch. Lehrer ist auch als Vertreter der ZWST im Vorstand der ‚Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege‘ (BAGFW) aktiv.

## 2001

Januar 2001: Die erste Ausgabe von „ZWST informiert“ erscheint – die ZWST hat wieder eine Verbandszeitung

Wechsel im Sozialreferat: Als Nachfolgerin von Aviva Goldschmidt, die 18 Jahre Leiterin des Sozialreferates gewesen war, übernimmt Paulette Weber, Tochter von Alfred Weichselbaum die Leitung.

Die ZWST geht online: [www.zwst.org](http://www.zwst.org)

Jugendkongress in Düsseldorf zum Thema „Israel in den Medien“, Teilnahme von prominenten Journalisten, Korrespondenten und Politikern, u.a. mit Außenminister Joschka Fischer.

Besuch der israelischen Integrationsministerin Zipi Livni anlässlich des Sommermachane in Bad Sobernheim und in der Jüdischen Gemeinde Cottbus.

Produktion des Films „Zedaka – jüdische Integrationsarbeit in Deutschland“ (dt./russ./engl., Drehbuch und Regie: Minka Pradelski, Eduard Erne).

Von ZWST und Zentralrat initiiertes Besuch von jugendlichen Terroropfern aus Israel in Deutschland, u.a. mit Empfang im Frankfurter Römer mit Oberbürgermeisterin Petra Roth.

Gründung des Integrationszentrums ‚Kibuz‘ in Potsdam, in dem eine Vielfalt sozialer und kultureller Aktivitäten angeboten wird. Das Zentrum unterstützt Zuwanderer bei ihrer Integration.

Nach 65 Jahren findet auf Initiative des Fördervereins Synagoge Sobernheim e.V. und dessen Vorsitzenden Hans Eberhard Berkemann erstmals wieder ein Gottesdienst in der ehemaligen Synagoge in Bad Sobernheim statt.

## 2002

Erste ‚Jewrovision‘, der europaweit größte jüdische Gesang- und Tanzwettbewerb, in Bad Sobernheim.

Eröffnung des ersten ‚Treffpunkt‘ in Frankfurt – psychosoziale Kontakt- und Begegnungsstätte für Überlebende der Shoa.

Gemeinsame Tagung der ZWST und dem neu geschaffenen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg.

## 2004

Start der zertifizierten Seminarreihe ‚Psychosoziale Versorgung und Krisenintervention‘.

Das Projekt ‚Mensch zu Mensch‘ unterstützt ein Freiwilligenzentrum in Warschau. Das Projekt wird durch Mittel der ‚Aktion Mensch‘ gefördert und erfolgt in Kooperation mit dem jüdischen Wohlfahrtsverband in Polen.

Das Sozialreferat organisiert eine erste Tagung für Menschen mit Behinderung, ihre Angehörigen sowie haupt- und ehrenamtliche Gemeindemitarbeiter, es folgt die Gründung einer Angehörigeninitiative.

## 2003

„60 Jahre und kein bisschen leise...“

ZWST-Direktor Beni Bloch feiert seinen 60. Geburtstag.

Start einer Seminarreihe zum Thema ‚Öffentlichkeitsarbeit in den Gemeinden‘.

## 2005

Anlässlich des ‚March of the Living‘ und des 60. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz organisiert die ZWST eine Reise durch Polen.

ZWST startet ein Projekt gegen Antisemitismus im Rahmen des vom BMFSFJ geförderten Programms ‚Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern‘.

Die ZWST initiiert das Projekt ‚Gesher - Die Brücke‘, mit dem Ziel der Inklusion von Menschen mit Behinderung in die jüdische Gemeinschaft und die deutsche Gesellschaft.

Die ZWST entsendet drei Wanderrabbiner aus Israel in kleinere jüdische Gemeinden Deutschlands.

### 8.12.2005

Benjamin (Beni) Bloch erhält das Bundesverdienstkreuz.

Das neue Zuwanderungsgesetz wird verabschiedet, die Aufnahmebedingungen für jüdische Zuwanderer aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion werden verschärft. Zentrale Aufgabe der ZWST ist die Prüfung, ob Antragssteller halachisch jüdisch sind und das Verfassen einer Bestätigung der Aufnahme-fähigkeit in eine jüdische Gemeinde in Deutschland.

## 2006

In Israel kommt es zum Libanonkrieg mit der libanesischen Hisbollah. Die ZWST lädt, gemeinsam mit dem Jüdischen Nationalfonds/KKL und unterstützt von Spenden, nordisraelische Familien aus den Kriegsgebieten nach Deutschland ein.

### 30.4.2006

Dr. h. c. Paul Spiegel, Zentralratsvorsitzender und ehemaliger Vorsitzender der ZWST, stirbt in Düsseldorf.

Erste Bildungsfreizeit für Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen im Kurhotel Eden-Park in Bad Kissingen

### 28.11.2006

Unterzeichnung eines Kooperationsvertrags mit der ‚Fachhochschule Erfurt‘: 25 Fachkräfte aus jüdischen oder anderen Einrichtungen können ein berufsbegleitendes Studium beginnen und somit einen akademischen Hochschulabschluss (BA) erwerben.

## 2007

### März 2007

Fachkongress für jüdische Lehrer und Erzieher aus ganz Europa in Frankfurt, Kooperationsveranstaltung des ‚European Council of Jewish Communities‘, ZWST, JOINT und Jewish Agency.

### 1.4.2007

Die ZWST verfügt mit der ‚Migrationserstberatung‘ (MEB) über ein neues Unterstützungsangebot des Bundes, mit dem Neuzuwanderern die Integration erleichtert werden soll und Hilfestellung für die Sozialabteilungen in den jüdischen Gemeinden geleistet wird. 2009 wird das Konzept des Programms erweitert in ‚Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer‘ (MBE), die auch länger in Deutschland lebenden Zuwanderern dieses Angebot ermöglicht.

### 24.4.2007

Feierliche Eröffnung des Studiengangs Jüdische Soziale Arbeit an der ‚Fachhochschule Erfurt‘, finanziert durch die Dorothea Gould-Stiftung.

14 Jahre Jugendreferent: Verabschiedung des Leiters, Dr. Deni Kranz. Nachfolger wird Yair Kannai.

### November 2007

Start einer neuen Seminarreihe zum Thema ‚Demenz‘.

## 2008

**25.1.2008**

Einweihung des in knapp zweijähriger Bauzeit erweiterten Max-Willner-Heims (Bauabschnitt Mifgash) .

**März 2008**

Tagung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Umsetzung des Aufnahmeverfahrens für jüdische Zuwanderer.

**1.4.2008**

Der Sozialwissenschaftler Dr. Michael Bader wird für zwei Jahre Vizedirektor. Er leitet das Projekt ‚Integration von Menschen mit geistiger und psychischer Behinderung in das jüdische Gemeindeleben‘. Eine der Erfolgsbilanzen des Projektes ist die Gründung von Selbsthilfegruppen in den Gemeinden.

**Juli/August 2008**

Sommerschachanot in Bad Sobernheim für israelische Jugendliche aus den mit Raketen beschossenen Regionen nahe des Gazastreifens.

**November 2008**

Erste internationale Fachtagung zum Thema ‚Shoa‘ in Frankfurt am Main.

**8. bis 15.9.2008**

Jugendkongress mit über 250 Teilnehmern in Israel anlässlich des 60. Geburtstages des Staates Israels.

## 2009

Mit ihrem Programm ‚Achtzehnplus‘ fördert die ZWST ein bundesweites Netzwerk für junge jüdische Erwachsene von 18 bis 35 Jahren und organisiert ein Angebot für diese Zielgruppe.

Die ZWST führt zunehmend regionale Integrations- und Orientierungsseminare („Integrationscoaching“) durch.

**Oktober 2009**

Bei der 3. Fachtagung des Projektes ‚Perspektivwechsel‘ in Weimar hält die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht die Eröffnungsrede.

**Herbst 2009**

Einrichtung einer Kunstwerkstatt für Menschen mit Behinderung in der Berliner Joachimstaler Straße 13.

## 2010

Benjamin (Beni) Bloch bekommt den ‚Max-Fischer-Preis für jüdische Erziehung in der Diaspora‘ des ‚Pincus Fund for Jewish Education in the Diaspora‘ verliehen.

Offizieller Festakt und Einweihung der Synagoge in Bad Sobernheim als Kulturhaus und Gedenkstätte.

Jugendreferent Yair Kannai verlässt die ZWST. Nachfolger wird Nachumi Rosenblatt.

## 2011

Start des 2. Studienganges „Jüdische Sozialarbeit“ an der FH Erfurt.

**5.4.2011**

Auftritt der ZWST-Tanzgruppe im Bundeskanzleramt.

„Taglit - Birthright Israel“: Die ZWST übernimmt gemeinsam mit dem Zentralrat die Abwicklung in Deutschland. Das Projekt beruht auf der Idee, dass jeder junge jüdische Erwachsene zwischen 18 und 26 Jahren das Geburtsrecht hat, wenigstens einmal in seinem Leben Israel zu besuchen.

#### **Januar 2012**

Einweihung des Kunstateliers „Eastend“ in Frankfurt/M. für Menschen mit Behinderung, ein Kooperationsprojekt von ZWST, „Internationalem Bund“ (IB) und der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main, gefördert durch die „Aktion Mensch“.

#### **März 2012**

Konferenz in Minsk anlässlich der Zusammenarbeit von ZWST und „Hesed Rachamim e.V.“

#### **Juni 2012**

ZWST fungiert als „Zentralstelle des Bundesfreiwilligendienstes“ (BFD)

#### **September 2012**

Das neue Berliner Büro der ZWST wird in der Friedrichstraße mit einem großen Neujahrsempfang zu Rosh Hashana eröffnet.

#### **Oktober 2012**

Der Treffpunkt für Shoa-Überlebende in Frankfurt begeht sein 10jähriges Jubiläum.

Günter Jek übernimmt die Leitung der ZWST in Berlin und den östlichen Bundesländern, er koordiniert seit längerem den „Bundesfreiwilligendienst“ und die „Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer“.

#### **August 2013**

Besuch von Kindern aus S´derot (Region im südl. Israel an der Grenze zum Gazastreifen, die immer wieder unter Raketen-Beschuss steht) auf einem Machane in Bad Sobernheim.

#### **Sommer 2013**

Über 700 Kinder und Jugendliche nehmen an den Sommerferien camps in Bad Sobernheim, Italien und Israel teil.

#### **November 2013**

Die ZWST begrüßt Aron Schuster als neuen stellvertretenden Direktor der ZWST.

#### **Dezember 2013**

Kultur-, Integrations- und Beratungszentrum „KIBUZ“ in Potsdam feiert seinen 10. Geburtstag.

**März 2014**

Ein neues Öko-Projekt der ZWST startet (,JEWCO-LOGY - nachhaltig – jüdisch – ökologisch‘), gefördert von der ,Deutschen Bundesstiftung Umwelt‘ und dem ,Jüdischen Nationalfonds/KKL‘.

Im Rahmen der Filmvorführung von „Der letzte Mensch“ in Frankfurt/M., in Anwesenheit des Hauptdarstellers Mario Adorf, stellt die ZWST die Arbeit ihrer Treffpunkte für Shoa-Überlebende vor.

**13.4.2014**

Abraham (Ebi) Lehrer, Präsident der ZWST, feiert seinen 60. Geburtstag, seit November 2014 ist er Vize-Präsident des Zentralrates.

**Juli 2014**

Die ZWST ist als erste jüdische Organisation Mitglied im Hilfebündnis ,Aktion Deutschland Hilft‘.

**November 2014**

Start des ,Zukunftsforums Altenpflege‘ für Führungskräfte der jüdischen Altenzentren im Nelly-Sachs-Haus in Düsseldorf.

**Dezember 2014**

Maßgeblich gefördert durch die ,World Federation of Jewish Child Survivors of the Holocaust‘ wird ein Fonds eingerichtet, der Sonderzahlungen an jüdische Child Survivors auszahlt. Bislang hat die Claims Conference 69.145 Anträge von Überlebenden der Shoa bestätigt und eine Gesamtsumme von rund 184,7 Millionen US-Dollar ausgezahlt.

Mit Unterstützung durch das ,BMFSFJ‘ und das ,Ministerium für Wohlfahrt und Soziales‘ in Israel koordiniert die ZWST den ,Deutsch-Israelischen Freiwilligendienst‘ (DIFD). Dieser Freiwilligendienst wurde anlässlich der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik Deutschland (vor 50 Jahren) neu geschaffen.

**11.5.2015**

Offizielle Begrüßung der ersten israelischen Freiwilligen durch Ministerin Manuela Schwesig, Bundespräsident Joachim Gauck und den israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin in Berlin.

**März 2015**

Start des ,Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment‘ in Berlin, Erweiterung der Bildungsarbeit der ZWST im Bereich Rassismus- und Antisemitismusprävention. Die Leiterin des Kompetenzzentrums, Marina Chernivsky, wird im Mai in die Antisemitismus-Kommission der Bundesregierung berufen.

**16.-18.6.2015**

Teilnahme der ZWST am Deutschen Fürsorgetag in Leipzig.

**Juni 2015**

Vereinbarung der ZWST mit dem Land Brandenburg zur zukünftigen Trägerschaft eines jüdischen Zentrums in Potsdam.

**Juli/August 2015**

ZWST-Machane bei den European Maccabi Games in Berlin.

**27.8.2015**

Verabschiedung von Paulette Weber, seit 15 Jahren Leiterin des Sozialreferates.

**Dezember 2015**

Vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen organisieren die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und die ZWST Fachtagungen in Berlin und Frankfurt am Main zum Thema „Was können wir von der Integrationsarbeit Israels lernen?“

Start der Kooperation mit der israelischen Hilfsorganisation ‚IsraAID‘ im Rahmen der Flüchtlingshilfe:

- Trainings für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer in Berlin
- Projekt ‚Brückenbau‘: Arabischsprachige Sozialarbeiter aus Israel leisten psychosoziale Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge.

Die ZWST unterstützt gemeinsam mit anderen Verbänden im Rahmen von ‚Aktion Deutschland Hilft‘ das Rettungsschiff ‚Aquarius‘ der Initiative ‚SOS Méditerranée‘.

#### **14. - 16.2.2016**

Start einer Tagungs-/Seminarreihe für Hebräisch- und Religionspädagogen, in Kooperation mit dem Zentralrat.

Vereinbarung von ZWST und dem Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs: Die ZWST verpflichtet sich, Schutzkonzepte in ihrem Angebot für Kinder und Jugendliche umzusetzen.

#### **24.5.2016**

Fachtag des Projektes ‚Perspektivwechsel Plus‘ zum Thema ‚Trauma und Traumabewältigung im Kontext von Migration und Flucht‘.

#### **1.6.2016**

Die ZWST begrüßt Jutta Josepovici als neue Leiterin des Sozialreferates.

#### **Oktober 2016**

Neueröffnung der ‚Jüdischen Galerie Omanut‘ in Berlin-Tempelhof, die ein Forum für Kontakt und Austausch bildet sowie kulturelle Dependence des Berliner Büros der ZWST ist.

Seit zehn Jahren gibt es die Migrationsberatung der ZWST: Nach der Ausweitung des Angebots im Jahr 2016 verfügt die ZWST heute über 13 Migrationsberater in elf Städten und sechs mobile Standorte. Der jüngste Standort ging 2017 bei der Jüdischen Gemeinde in Cottbus an den Start.

#### **März 2017**

Erstmalige Teilnahme der ZWST am 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Düsseldorf.

#### **Mai 2017**

‚Good Old Times‘, generationenübergreifendes Revival-Wochenende für ehemalige Jugendbetreuer und -leiter der ZWST mit rund 200 Teilnehmern in Frankfurt/Main.

#### **Juni 2017**

‚100 Jahre ZWST – 95 Jahre Tirza‘, Tanzfestival zu Ehren des 95. Geburtstags von Tirza Hodes in Frankfurt/Main.

#### **Juli 2017**

Das Kompetenzzentrum eröffnet eine neue Beratungs- und Interventionsstelle in Berlin, ein Angebot im Falle antisemitischer Gewalt und Diskriminierung.

#### **10.9.2017**

In Frankfurt am Main begeht die ZWST mit einem feierlichen Festakt ihr 100-jähriges Jubiläum.

# Personenverzeichnis

## *Salomon Adler-Rudel*

(1894 in Czernowitz – 1975 Jerusalem) war 1914 bis 1934 Direktor des Arbeitsfürsorgeamtes in Berlin. Er war Spezialist in der ‚Ostjudenfrage‘ und Generalsekretär der Reichsvertretung. Ab 1936 lebte er in Großbritannien und emigrierte 1939 nach Israel. Dort war er in leitender Position in der Jewish Agency for Palestine tätig. Seine Studie über „Jüdische Selbsthilfe unter dem Nazi-regime 1933-1939“ ist bis heute Standardwerk.

## *Dr. Ewald Allschoff*

(1895 in Gelsenkirchen – 1957 Frankfurt am Main) war Überlebender des KZ Auschwitz-Birkenau. Nach dem Krieg arbeitete er als Vertreter der jüdischen Gemeinden in der amerikanischen Zone. Er war Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main und Mitglied des Präsidiums der jüdischen Gemeinden in Hessen. Außerdem war er Mitglied des Zentralrates der Juden in Deutschland und des Vorstandes der ZWST.

## *Dr. Michael Bader*

(geb. 1963 in Köln) studierte Sozialwesen und promovierte in Soziologie. Von 2008 bis 2010 stellv. Direktor der ZWST, bis heute wissenschaftlicher Berater des Gesher-Projektes. Er ist Geschäftsführer eines Unternehmens, dessen Ziel es ist, Menschen mit Behinderung zu qualifizieren und zu beschäftigen.

## *Dr. Leo Baeck*

(1873 Leszno/Polen – 1956 London) war von 1924 bis 1937 Präsident der Großloge der deutschen Sektion von B'nai B'rith, ab 1925 Vorsitzender der ZWST. Ab 1933 Vorsitzender der „Reichsvertretung der deutschen Juden“. 1943 wurde er in das „Altersghetto“ Theresienstadt deportiert. Er überlebte die Haft und emigrierte im Juni 1945 nach London. Nach dem Krieg wurde er Ehrenvorsitzender der ZWST. Baeck gilt bis heute als „spiritus rector“ der jüdischen Wohlfahrtspflege.

## *Paul Baerwald*

(1871 – 1961), Mitbegründer und späterer Vorsitzender des American Jewish Joint Distribution Committees (JOINT), das nach 1933 die Reichsvertretung und Reichsvereinigung finanziell unterstützte. Nach ihm wurden die „Baerwald-Küchen“ in Berlin benannt, die der Unterstützung der verarmten jüdischen Bevölkerung dienten. Seit 1958 gibt es die Paul Baerwald School of Social Work an der Hebrew University in Jerusalem.

## *Prof. Dr. Cora Berliner*

(1890 Hannover – 1942 vermutlich in Maly Trostinez/Weißrussland ermordet). Als Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin wurde sie 1923 die erste jüdische Regierungsrätin in Deutschland. 1930 wurde sie Professorin am Berufspädagogischen Institut in Berlin. Nach 1933 arbeitete sie in jüdischen Organisationen, zuletzt in der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. 1942 wurde sie aus Königsberg „in den Osten“ deportiert.

### ***Benjamin Bloch***

(geb. 1943 Jerusalem) kam 1957 nach Deutschland und studierte Pädagogik an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Seit 1987 ist er Direktor der ZWST, seit 1999 Mitglied des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, seit 1999 Vorsitzender des Verbandes jüdischer Heimatvertriebener und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland e.V. Von 2004 bis 2010 war er Vizepräsident des „European Council of Jewish Communities“.

### ***Bettina Brenner***

(1877 Breslau – 1948 Breslau) war zweite Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes und aktive Vertreterin der Anliegen jüdischer Wohlfahrtspflege für Mädchen in der ZWST.

### ***Dr. Friedrich Samuel Brodnitz***

(1899 Berlin – 1995 New York) war Arzt und Pressechef der Reichsvertretung der deutschen Juden. 1933 bis 1937 war er Präsident des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände. 1937 emigrierte er in die USA.

### ***Ignatz Bubis***

(1927 Breslau – 1999 Frankfurt am Main), war Kaufmann, Politiker (FDP) und Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland. Seit 1966 Vorstandsmitglied der jüdischen Gemeinde in Frankfurt, später ihr Vorsitzender. 1978 wurde er erstmals in das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland gewählt. 1992 wurde Bubis zum Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland gewählt. 1997 im Amt bestätigt, übte er den Vorsitz bis zu seinem Tod im Jahre 1999 aus.

### ***Eugen Caspary***

(1863 Berlin – 1931 Berlin) war Mitglied des Unabhängigen Ordens B'nai B'Brith und seit 1893 ehrenamtlicher Mitarbeiter des ‚Verband für jüdische Wohlfahrtspflege‘. Bis 1925 war er Leiter der ZWST, die unter anderem auf seine Initiative hin gegründet wurde und durch ihn wesentliche Modernisierungsimpulse erhielt. Danach gehörte er bis zu seinem Tod 1931 dem Geschäftsführenden Ausschuss an. Außerdem war er in der ‚Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge‘ und im ‚Kuratorium für die Fürsorgeerziehung des Deutsch-Israelitisches Gemeindebundes‘ tätig.

### ***Marina Chernivsky***

(geb. im ehem. Lemberg). 1990 mit ihren Eltern ausgewandert nach Israel. Seit 2002 ist sie in Bildungsprojekten der ZWST aktiv: Seit 2007 leitet sie das ZWST-Projekt „Perspektivwechsel Plus“ und seit 2015 das Kompetenzzentrum der ZWST für Prävention und Empowerment. Seit 2015 ist sie Mitglied im unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages.

### ***Dr. Conrad Cohn***

(1901 – 1942) war bis 1933 Rechtsanwalt in Breslau, danach war er u.a. als Abteilungsleiter für den Bereich ‚Fürsorge‘ in der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland tätig.

### ***Gertrud David***

(1872 Leipzig – 1936 Berlin) war Filmregisseurin – u.a. führte sie 1927 die Regie des Werbefilms der ZWST ‚Ein Freitagabend‘.

### ***Dr. Paul Eppstein***

(1902 Ludwigshafen – 1944 Theresienstadt) arbeitete als Pädagoge und Dozent – ab 1936 war er in der Reichsvertretung, ab 1939 in der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland tätig. Er wurde in Theresienstadt ermordet.

### ***Theodore (Ted) Feder***

(1914 Milwaukee – 2004 New York) war Beauftragter des American Jewish Joint Distribution Committee in Europa und über Jahre hinweg ein wichtiger Berater beim Aufbau der ZWST.

### ***Dr. Wilhelm Feilchenfeld***

(1860-1940), Sanitätsrat, war als Vertreter der Berliner Jüdischen Gemeinde an der Gründung der ZWST beteiligt.

### ***Dr. Günter Feldmann***

(1921 Breslau – 2006 Frankfurt) gründete 1962 die erste jüdische Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche nach der Shoa in Frankfurt am Main und hat in diesem Zusammenhang eng mit der ZWST zusammengearbeitet. Sein Sohn, Peter Feldmann, ist der jetzige Oberbürgermeister von Frankfurt/Main.

### ***Dr. h.c. Heinz Galinski***

(1912 Marienburg/Westpreußen – 1992 Berlin) überlebte die KZ Auschwitz-Birkenau, Monowitz, Mittelbau-Dora und Bergen-Belsen. Nach dem Krieg war er erster Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Von 1961 bis 1989 war er Vorstandsvorsitzender der ZWST.

### ***Aviva Goldschmidt***

(geb. 1938) überlebte die Shoa mit ihrer Mutter im Versteck in Polen. Nach dem Krieg ging sie nach Israel, kehrte 1958 nach Deutschland zurück und studierte Sozialarbeit am Sozialpädagogischen Institut (SPI) der Arbeiterwohlfahrt in Berlin. Von 1984 bis 1998 war sie Sozialreferentin der ZWST.

### ***Dr. Ilse Goldschmidt***

(1913-1941) gehörte zur Redaktion der Zeitschrift „Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik“.

### ***Frieda Hanf-Weinreich***

(1898-1965) war von 1923 bis 1933 wissenschaftliche Mitarbeiterin der ZWST. 1935 wanderte sie nach Eretz Israel aus und war dort maßgeblich am Aufbau der Sozialen Arbeit beteiligt. Von dort berichtete sie regelmäßig für die deutschsprachige Presse. Sie starb in Haifa.

### ***Siegfried Heimberg***

(1898 Madfeld/Sauerland – 1965 Dortmund) war Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe und der Jüdischen Gemeinde Dortmund.

***Dr. Otto Hirsch***

(1885 Stuttgart – 1941 KZ Mauthausen) war der geschäftsführende Vorsitzende der Reichsvertretung/Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

***Tirza Hodes***

(geb. 1922 in Düsseldorf). Nach der Reichspogromnacht 1938 kam sie mit der Jugendaliya nach Palästina. Sie war Leiterin des Referates Volkstanz bei der israelischen Gewerkschaft Histadrut. Mit der ZWST ist sie als Tanzlehrerin seit 1979 verbunden.

***Gertrud Israel***

(1882 Berlin-Spandau – 1940 London) gehörte zu den führenden Sprecherinnen der Interessenvertretung der deutschen Sozialbeamtinnen. Über viele Jahre hinweg war sie die „Seele der Redaktion“ (Lowenthal) in der ZWST.

***Günter Jek***

(geb. 1963) leitet seit Juli 2013 das Berliner Büro der ZWST und ist zuständig für die Repräsentanz der ZWST in den östlichen Bundesländern. Seit längerem ist er bei der ZWST für die Koordination der Migrationsberatung (MBE) und des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) zuständig.

***Jutta Josepovici***

(geb. 1966 in Frankfurt/M). Sie hat seit ihrer Kindheit alle Stationen der jüdischen Gemeinde durchlaufen. Als Dipl. Sozialpädagogin war sie ab 1990 in der Sozialabteilung der jüdischen Gemeinde Frankfurt/M. tätig, dann als Lehrerin in der Lichtigfeldschule. Seit Juni 2016 leitet sie das Sozialreferat der ZWST.

***Prof. Salomon Kalischer***

(1843 Thorn/Westpreußen – 1924 Marienbad/Westböhmen), Mathematiker, Vorsitzender des Deutsch-Israelitischen Gemeindegabundes und des „Gesamtarchivs der deutschen Juden“.

***Hannah Karminski***

(1897 Berlin – 1943 Auschwitz) war die Nachfolgerin von Bertha Pappenheim im Jüdischen Frauenbund und Mitarbeiterin in der ZWST. Ab 1938 war sie maßgeblich in der Reichsvertretung, später in der ‚Reichsvereinigung der Juden in Deutschland‘ tätig. Sie leitete die Abteilung Allgemeine Fürsorge. Im November 1942 wurde sie verhaftet und 1943 in Auschwitz ermordet.

***Dr. h.c. Charlotte Knobloch***

(geb. 1932 München) überlebte die Shoa im Versteck. Nach dem Krieg engagierte sie sich in unterschiedlichen jüdischen Organisationen – u.a. als Mitbegründerin der deutschen Sektion der Women’s International Zionist Organisation (WIZO). Seit 1985 ist sie Präsidentin der IKG München und Oberbayern. Als Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland ab 2006 gehörte Knobloch viele Jahre auch dem Vorstand der ZWST an.

***Dr. Paula Kronheimer***

(verh. Eskeles) (1902 Fürth – 1994 Haifa) war wissenschaftliche Mitarbeiterin in der ZWST. Sie emigrierte 1937 nach Palästina. Dort war sie u. a. als Sozialarbeiterin im Flüchtlingslager Atlit bei Haifa tätig.

***Dr. Jarden (Deni) Kranz***

ist promovierter Politologe und Historiker. Von 1993 bis 2007 war er Leiter des Jugendreferates der ZWST. Heute ist Deni Kranz als selbstständiger Unternehmensberater tätig.

***Dr. Max Kreutzberger***

(1900 Königshütte/Schlesien – 1978 Locarno) gehörte ab 1917 zum Vorstand der ZWST und war dort neben Friedrich Ollendorff der entscheidende ‚opinion leader‘. 1935 emigrierte er nach Palästina und kehrte 1948 als Direktor der ‚Jewish Agency‘ for Palestine nach Deutschland zurück. Ab 1947 war er erster Direktor des Leo Baeck Instituts in New York.

***Abraham Lehrer***

(1954 New York) ist seit 2000 Vorstandsvorsitzender der ZWST, heute Präsident. Er vertritt die ZWST im Vorstand der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)“ und hat dort wesentlich zur deren Profilierung im Spektrum der Spitzenverbände beigetragen. Seit 2014 ist Lehrer Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland.

***Prof. Dr. Herbert Lewin***

(1899 Schwarzenau - 1982 Wiesbaden) war Arzt und Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland.

***Dr. Ernst Gottfried Lowenthal***

(1904 Köln – 1994 Berlin) war Mitarbeiter in der Reichsvertretung der deutschen Juden und emigrierte 1939 nach Großbritannien. Von 1956-1965 arbeitete er im Dienst der ZWST als Redakteur der ‚Jüdischen Sozialarbeit‘. Er hat sich maßgebliche Verdienste um die Bewahrung der Geschichte der jüdischen Kultur und Wissenschaft in Deutschland erworben.

***Dr. Georg Lubinski***

(1902 – 1974), später: Giora Lotan, Mitbegründer und erster Generalsekretär des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände. Leiter der Abteilung Berufsausbildung und Berufsumschichtung in der Reichsvertretung. 1938 emigrierte er nach Palästina. 1953 war er Mitbegründer der israelischen Sozialversicherung und ab 1959/1960 Minister für Soziales.

***Dr. Walter Lustig***

(1891 Ratibor/Schlesien – 1945 Berlin) Leiter des Jüdischen Krankenhauses in Berlin und Mitarbeiter bei der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. 1945 nach Anschuldigungen Deportierter durch den sowjetischen Geheimdienst verhaftet und in Berlin hingerichtet.

***Prof. Dr. Harry Maør***

(1914 München – 1982 Tel Aviv) emigrierte 1933 nach Palästina. Wieder in Deutschland, war er ab 1955 der erste Jugendreferent der ZWST. Nach seiner Promotion über den Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945 und seiner Habilitation über die Säkularisierung des deutschen Judentums wurde er 1972 auf eine Professur an der Gesamthochschule Kassel berufen. Nach seiner Emeritierung starb er 1982 in Israel.

***Henriette May, geb. Lövinson***

(1862 Berlin – 1928 Berlin) war eine führende Frauenrechtlerin und Sozialreformerin. Sie gehörte zum Führungsstab im Jüdischen Frauenbund, im Hilfsverein der Deutschen Juden und in der ZWST.

***Dr. Paul Nathan***

(1857 Berlin – 1927 Berlin) war die führende Persönlichkeit im Hilfsverein der deutschen Juden und „Brückenkopf“ zur ZWST.

***Dr. Friedrich Ollendorff***

(1889 Breslau – 1951 Israel), Vorsitzender des Fürsorge-Komitees des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes und Geschäftsführer der ZWST bis 1934. Nach seiner Emigration nach Palästina wurde er Direktor der Wohlfahrtsabteilung des General Council of Palestine Jewry.

***Paula Ollendorff***

(1860 Breslau – 1938 Jerusalem) war eine der führenden jüdischen Sozialreformerinnen in Breslau. Als Vertreterin des Jüdischen Frauenbundes hat sie maßgeblich an der Gestaltung der ZWST mitgewirkt.

***Dr. Hilde Ottenheimer***

(1896 Ludwigsburg – 1942 Riga) war eine der profiliertesten Publizistinnen der jüdischen Wohlfahrtspflege. U.a. war sie Mitglied der Redaktion des historisch-topographischen Handbuchs zur deutsch-jüdischen Geschichte „Germania Judaica“. Bis 1933 war sie Fachreferentin bei der ZWST. 1942 wurde sie in Riga ermordet.

***Bertha Pappenheim***

(1859 Wien – 1936 Neu-Isenburg) war Gründerin und 30 Jahre lang Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes. Ihr Aufruf: „Weh‘ dem, dessen Gewissen schläft“ gilt als eine der Initialzündungen zur Gründung der ZWST, an deren Gestaltung sie über lange Jahre aktiv mitgewirkt hat.

***Nachumi Rosenblatt***

(geb. 1979 in Tel Aviv) kam 2001 über das „Lehawa“-Projekt nach Deutschland. Anschließend war er als Jugendzentrumsleiter in Hamburg und Frankfurt am Main tätig. Seit 2010 Jugendreferent der ZWST.

***Josef Rosensaft***

(1911 Będzin/Polen – 1975 London) war Leiter des „Zentralkomitee der befreiten Juden in der britischen Zone“ im DP-Lager Belsen und später Präsident der World Federation of Bergen-Belsen Survivors.

***Dr. Alice Salomon***

(1872 Berlin – 1947 New York) war eine der führenden Protagonistinnen der deutschen Frauenbewegung und der Wohlfahrtspflege, auch im internationalen Kontext. 1908 gründete sie in Berlin-Schöneberg die erste staatliche Ausbildungsstätte für Sozialarbeiterinnen, die Soziale Frauenschule.

***Bertold Scheller***

(1916 Berlin – 1997 Frankfurt am Main) emigrierte 1933 über Dänemark nach Palästina. Nach dem Krieg war er erster Sozialreferent der ZWST. In seinem Amt unterstützte und beriet er die sich neu gründenden Gemeinden beim Aufbau ihrer sozialen Einrichtungen. Bis zu seiner Pensionierung 1981 war sein Schwerpunkt die Seniorenarbeit mit Shoa-Überlebenden.

### ***Aron Schuster***

(geb. 1984 in Würzburg) ist stellvertretender Direktor der ZWST seit 2013. Er war ehrenamtlich bei der ZWST als Jugendleiter aktiv. Zuletzt hat er selbst zwei Jahrgänge angehender Jugendleiter ausgebildet. Ehrenamtlich engagiert sich Aron Schuster seit 2008 im Würzburger Stadtrat und wirkt seit 2010 als Mitglied im Ombudsrat gegen gesellschaftliche Diskriminierung und für Zivilcourage mit.

### ***Dr. Jacob Segall***

(1883 Chempin/Provinz Posen - 1959 Tel Aviv), Statistiker, war der erste Geschäftsführer der ZWST und arbeitete sowohl in Deutschland als auch nach seiner Emigration 1933 in Palästina als Arzt und Statistiker.

### ***David Werner „Senator“***

(1896 – 1953) war Generalsekretär des American Joint Distribution Committees und Vertreter der Jewish Agency.

### ***Prof. Ernst Simon***

(1900 Berlin – 1988 Jerusalem), Religionsphilosoph, Pädagoge und Historiker, Lehrtätigkeit am ‚Freien Jüdischen Lehrhaus‘ in Frankfurt am Main, 1928 Auswanderung nach Palästina, 1933 Rückkehr nach Deutschland, um dort beim Aufbau der ‚Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung‘ mit zu wirken. Rückkehr nach Jerusalem, dort Professor für Pädagogik an der Universität in Jerusalem.

### ***Prof. Dr. Bertold Simonsohn***

(1912 Bernburg/Saale – 1978 Frankfurt am Main) war der erste Geschäftsführer der ZWST nach dem Krieg. Nach seiner Promotion in Rechtswissenschaften 1934 arbeitete er als Bezirksfürsorger der ZWST in Stettin und ab 1939 als Leiter der Bezirksstelle der Reichsvereinigung in Hamburg. 1942 wurde er nach Theresienstadt deportiert. Im August 1950 übernahm er in Hamburg die Stelle eines Rechtsdezernenten der Jüdischen Gemeinde. 1951 wurde er mit dem Wiederaufbau der ZWST beauftragt. 1971 wurde er an die Goethe-Universität in Frankfurt berufen.

### ***Günter Singer***

(1922 Breslau – 1989 Hamburg) war Kantor und Geschäftsführer der jüdischen Gemeinde in Hamburg sowie kommissarischer Geschäftsführer der ZWST von 1984 bis 1987.

### ***Dr. h.c. Paul Spiegel***

(1937 Warendorf – 2006 Düsseldorf) überlebte den Holocaust im Versteck in Belgien. 1993 wurde Paul Spiegel stellv. Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, 1997 Vize-Präsident des Zentralrates und 2000 Präsident des Zentralrates. Von 1989 bis 2000 war er Vorsitzender der ZWST.

### ***Ludwig Tietz***

(1897 – 1933 Berlin) war Arzt und bis zu seinem frühen Tod Geschäftsführer des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau.

### ***Berthold Timendorfer***

(1853 Rodzin/Oberschlesien – 1931 Berlin) war erster Vorsitzender der ZWST und „Brückenkopf“ zur jüdischen Großloge.

### ***Paulette Weber***

(geb. 1955) hat Pädagogik studiert und als Jugendleiterin gearbeitet, u.a. bei der ZWST. Von 1998 bis 2015 war sie Leiterin des Sozialreferates der ZWST. Seit 2014 war sie Vorstandsmitglied beim Deutschen Verein und seit 2004 Kommissionsvertreterin der ZWST bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

### ***Max Willner***

(1906 Gelsenkirchen – 1994 Offenbach am Main) überlebte die KZ Sachsenhausen, Auschwitz, Flossenbürg und Dachau. 1945 war er Mitbegründer der Jüdischen Gemeinde in Offenbach, deren erster Vorsitzender er wurde. 1954 bis 1957 war er Direktor des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen. Ab 1979 war er stellvertretender Vorsitzender des „Zentralrats der Juden in Deutschland“. In der ZWST war Willner von 1958 bis 1979 Geschäftsführer.

### ***Alfred Weichselbaum***

(1922 Frankfurt/Main – 1984 Frankfurt/Main) überlebte die KZ Buchenwald und Auschwitz. Nach Kriegsende war er in Frankreich und Deutschland als Berater in ‚Entnazifizierungsverfahren‘ beteiligt. In Frankfurt hat er am Wiederaufbau der jüdischen Gemeinde mitgewirkt. Ab 1975 gehörte er dem Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland an. Von 1979 bis zu seinem Tod im Jahre 1984 war er geschäftsführender Direktor der ZWST.

### ***Jeanette Wolff***

(1888 Bocholt – 1976 Berlin), war seit ihrer Jugend aktive Sozialdemokratin. Sie überlebte die KZ Riga-Kaiserwald und Stutthof und widmete sich u.a. als Mitglied der Bundestagsfraktion der SPD nach dem Krieg wieder der politischen Arbeit. Von 1951 bis 1961 war sie Vorstandsvorsitzende der ZWST und danach deren Ehrenvorsitzende.

### ***Sidonie (‚Siddy‘) Wronsky***

(1883 Berlin – 1947 Jerusalem) war Leiterin des Archivs für Wohlfahrtspflege in Berlin bis 1933 und ehrenamtliche Mitarbeiterin der ZWST von Anfang an. Nach ihrer Emigration war sie die entscheidende Vermittlerin der deutsch-jüdischen Wohlfahrtspflege in Palästina und war dort maßgeblich am Aufbau der Sozialen Arbeit beteiligt.



**Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.**

Hebelstraße 6  
60318 Frankfurt am Main

Telefon: 069 944371-0  
Telefax: 069 494817  
E-Mail: [zentrale@zwst.org](mailto:zentrale@zwst.org)  
[www.zwst.org](http://www.zwst.org)

 [facebook.com/zentralwohlfahrtsstelle](https://facebook.com/zentralwohlfahrtsstelle)

 [twitter.com/zwstgermany](https://twitter.com/zwstgermany)

 [instagram.com/zwst\\_official](https://instagram.com/zwst_official)

*Impressum*

Herausgeber: Zentralwohlfahrtsstelle  
der Juden in Deutschland e.V.

Verantwortlich: Benjamin Bloch / Aron Schuster

Autorin: Dr. Verena Buser

Redaktion: Prof. Dr. Sabine Hering / Heike von Bassewitz